

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich, Ungarn 3 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rotom-  
gelle oder deren Raum 40 Pf., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
(nur das erste Wort frei). Inseerte für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“.

## Die äußere Politik Englands.

London, 24. Juli 1903.

Die beiden Häuser des britischen Parlaments hatten gestern lange und ziemlich lebhaft Auseinandersetzungen über die äußere und imperiale Politik des Kabinetts. Die Debatte des Unterhauses würde man groß nennen können, wenn Sir Charles Dillie, der sie einleitete, nicht so oberflächlich gewesen wäre und Mr. Gibson Bowles, der sie fortsetzte, seinen Gang zu Wipfelchen bezwungen und mehr Ernst gezeigt hätte. Dennoch war sie eine bedeutsame Auseinandersetzung, denn sie brachte einige wichtige Bemerkungen Lord Cranborne, des Unterstaatssekretärs des Aushens, und eine Rede Sir Edward Grey, des künftigen liberalen Kolonialsekretärs, in der er die Grundlinien der äußeren Politik des nächsten liberalen Kabinetts zeichnete.

Selbstredend nahmen der deutsch-kanadische Zollkrieg und Mr. Chamberlains Pläne den breitesten Raum in der Debatte ein, wobei die liberalen und radikalen Kritiker Redewendungen gegen das britische Kabinett gebrauchten, die von Abgeordneten des deutschen Reichstages oder von socialistischen Blättern gebraucht, sicherlich als antinational gebrandmarkt worden wären. Die ganze liberale Partei war thätig darüber einig, daß das britische Kabinett sich in den deutsch-kanadischen Zollkrieg nicht hätte mischen sollen.

Ferner ist einleitend zu bemerken, daß keiner von den Arbeiter-Abgeordneten das Wort ergriffen hat: Politik ist in England noch immer Sache der „Herren“ und Tabu für die Arbeiter. Und doch wäre es absolut nötig gewesen, daß ein Arbeiter dem konservativen Mr. Gibson Bowles eine Lektion in politischem Anstand erteilt hätte.

Die Debatte umfaßte das ganze Gebiet der britischen Weltpolitik, also die Weltpolitik der Großmächte überhaupt. Denn es giebt keine weltpolitische Frage, die nicht auf irgend eine Weise das britische Reich berührt. Zwei Gedanken lagen der Debatte zu Grunde: der wirtschaftliche Gegensatz zu Deutschland, und der politische Gegensatz zu Rußland in Asien. Da die Wirtschaft viel tiefer ins Leben der Völker eingreift, so ist die Feindschaft gegen Deutschland viel tiefer und unversöhnlicher, als die gegen Rußland. Wie die Dinge jetzt liegen, hat die deutsche Politik ohne Zweifel mit einer feindseligen öffentlichen Meinung in England zu rechnen. Noch nie ist uns die Notwendigkeit einer starken socialistischen Partei in England so dringend erschienen als beim Zuhören der gestrigen Unterhaus-Debatte.

Im Grunde genommen ist die englische Feindschaft gegen Deutschlands nicht ganz verständlich. Denn vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet sind die Vereinigten Staaten von Amerika ein gefährlicherer Konkurrent Englands als Deutschland. Allein man kann sich in England noch nicht an den Gedanken gewöhnen, daß Deutschland eine kapitalistische Großmacht ist, die gleich andern Großmächten Weltpolitik treiben will. Oder aber, man fühlt in England instinktiv, daß die deutsche Weltpolitik nur auf den Ruinen eines Teiles des britischen Empires aufgebaut werden könne. Allem Anscheine nach wirken beide Momente zusammen. Das letztere Moment ist unseres Erachtens nicht unbedingt richtig. Das kapitalistische Deutschland hat es nicht unbedingt nötig, in das britische Empire einzubrechen. Es könnte sich mit Kleinasien begnügen. Dies scheint auch die Ansicht Mr. Valfours zu sein, und er war bereit, die deutsche Vagabundbahn zu fördern; er wollte den überschüssigen kapitalistischen Energien Deutschlands den Abfluß nach Kleinasien erleichtern.

Aber die Politiker, die jetzt im Unterhause gegen das Kabinett und gegen Deutschland schreien, haben Valfours Pläne durchkreuzt. Sir Charles Dillie beschuldigt die Regierung, daß sie keine sichere und feste Politik gegenüber Deutschland hätte, daß sie zwischen Nachgiebigkeit und Drohungen schwankte. Dies ist in noch schärferem Maße die Ansicht von Mr. Gibson Bowles, der die Regierung vor der deutschen Politik warnt, die angeblich in dem Motto bestehe: „Demande, prendre, recevoir“ (Fordern, ergreifen, nehmen). Diese beiden Politiker, die in Bezug auf Kleinasien eine Politik verfolgten, die man im Englischen die dog-in-the-manger-policy nennt: wenn England die Vagabundbahn nicht haben kann, soll auch Deutschland sie nicht haben. Diese Parlamentarier — und mit ihnen die ganze öffentliche Meinung — argumentieren: Deutschland ist unlosbar an Rußland gebunden. Deutschland wird im Momente der Gefahr stets zu Rußland halten. Einen deutschen Pufferstaat zwischen Rußland und England kann es also nicht geben. Alle englischen Konzessionen an Deutschland kommen schließlich Rußland zu gute. Die englische Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland kann den beabsichtigten Zweck, Rußland zu zügeln, nicht erfüllen. Noch mehr: sie erbittert nur Rußland, das ein weltpolitisch starkes Deutschland nicht dulden kann, und Deutschland wird stark werden, wenn England mit seiner Nachgiebigkeit fortfährt. Wenn dem so ist, warum nicht direkt und offen mit Rußland unterhandeln? Mit den englischen Konzessionen an Deutschland könnten die Briten Rußland beruhigen, wodurch Deutschland weltpolitisch isoliert wäre. Also: Ausgleich mit Rußland und Gleichgültigkeit gegen Deutschland!

Diese Argumentation scheint von einem sehr unvernünftigen Vorurteil gegen Deutschland geleitet zu sein. Gewiß ist die deutsche Politik, den preussischen Ueberlieferungen folgend, in unwürdiger Weise an Rußland geteilt. Alle freiheitlichen Elemente Deutschlands bedauern dies aufs lebhafteste. Aus der neueren Geschichte Deutschlands zu urteilen, hat jedoch die deutsche Regierung in der Aera Caprivi den Versuch gemacht, sich aus der moskowitzischen Anhängerschaft zu befreien. Aber so lange die Socialdemokratie nicht im Besitze der Macht ist, kann die deutsche Politik nur dann das schmähvolle russische Joch abwerfen, wenn sie die eheliche

Unterstützung Englands hat. Aber diese Unterstützung wird ihr nicht zu teil. Deutschland hat zu Anfang der neunziger Jahre eine Annäherung an England gesucht, worauf Lord Salisbury erklärte, die englische Politik sei nicht mehr antirussisch. Dann sieht man in England nicht ein, daß kein Staat, keine Nation und keine Klasse stark wird, ohne gleichzeitig die alten Abhängigkeitsverhältnisse zu beseitigen. So z. B. hat dieser Mangel an Einsicht in nationale Entwicklungen England im Jahre 1878 veranlaßt, Macedonien den Bulgaren zu entziehen und es an die Türkei zurückzugeben, weil Beaconsfield annahm, daß die um nationale Unabhängigkeit ringenden Balkanvölker sich bald Rußland unterwerfen würden.

Damit soll indes nicht gesagt sein, daß die Schuld nur auf englischer Seite liegt. Auch Graf Bülows scheint an dem irrigen Glauben der britischen Politiker schuldig zu sein. Kann ein moderner Staat geachtet werden, der russische oder polnische Freiheitlämpfer ausweist, ja, in die Hände russischer Schergen treibt? Oder läßt nicht Graf Bülows bei jeder Gelegenheit durch offiziöse Blätter erklären, daß ihm die russisch-englischen Konflikte gar nichts angehen? So war es z. B. im Januar 1903 bei der Durchfahrt russischer Torpedoboote durch die Dardanellen. Wenn die Dardanellen Deutschland nichts angehen, so hat es gewiß kein Recht, englische Hilfe für die Vagabundbahn zu verlangen. Denn jeder weiß, daß materielle Konzessionen in asiatischen Ländern politische Vorrechte bedeuten. Alle derartige Kundgebungen sind Wasser auf die Mühlen der antideutschen Politiker. Graf Bülows gilt hier meist als ein Feind Englands, der jede Gelegenheit wahrnimmt, die Briten zu demütigen und die russischen Interessen zu fördern.

So hat sich die Meinung in England festgewurzelt, daß Deutschland nicht zu trauen wäre; es würde stets Rußland nachgeben und sich dafür an England schadlos halten.

Lord Cranborne antwortete seinen Kritikern in ganz geschickter Weise; er sprach besser als je zuvor. Besonders nahm er sich Mr. Gibson Bowles vor, dem er erklärte, daß ein Mann, der eine so gehässige Sprache führe, keinen Anspruch machen könne, in äußeren Fragen ernst genommen zu werden. Dabei gab Cranborne indirekt zu, daß zwischen Deutschland und England ein Vertrag in Bezug auf Portugal existiere, d. h. in Bezug auf die portugiesischen Kolonien in Südafrika, aber fügte er hinzu: „Ich will sagen, daß die Regierung nichts gethan hat, was als ein Angriff auf unsere ältesten Bundesgenossen — Portugal — ausgelegt werden könnte.“ Ebenso erklärte Cranborne, daß der englisch-japanische Vertrag die speziellen Interessen Japans in Korea anerkenne.

Sir Edward Grey war gleich allen andern Rednern des Unterhauses für eine Verständigung mit Rußland. Die britische Regierung sollte es allen klar machen, daß sie keine Gebietsausdehnung verlange. Sie sollte sich auf die Wahrung ihrer kommerziellen Interessen beschränken. Die Integrität Chinas oder Persiens sei eine Illusion, die nur zu Enttäuschungen führen könne. Eine Aufrechterhaltung des status quo in diesen asiatischen Reichen sei nicht mehr möglich. Deshalb wäre es das Beste, mit den wirklichen Zuständen zu rechnen und mit den beteiligten Mächten zu Kompromissen zu gelangen. Nach diesen Erklärungen des bedeutendsten liberalen Staatsmannes im Unterhause zu urteilen, hat die liberale Partei absolut keine Politik gegenüber Rußland. Es ist die alte Misere aus der Zeit Gladstones.

In Bezug auf den deutsch-kanadischen Zollkrieg stellte sich die ganze liberale Partei und ein Teil der konservativen Partei auf Seiten Deutschlands. Es sind dies die Freihändler und die liberalen Imperialisten. Campbell-Bannerman, Asquith, Grey, Lloyd-George — Politiker, die die nächste liberale Regierung bilden werden, verurteilten die Politik Chamberlains in scharfen Worten; Lloyd-George und Labouchère meinten sogar, das Unterhaus wäre von der Regierung, die ein wichtiges Dokument unterschlagen hätte, betrogen worden.

Aus Anlaß einer Interpellation des jungen Lords Lytton, eines Enkels des halbbergesenen Romandriftstellers Walter Lytton, erklärte der Herzog von Devonshire im Oberhause, daß er Freihändler sei und daß die Regierung noch zu keiner Aenderung der bisherigen Zollpolitik verpflichtet sei.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Juli.

### Zweierlei Reichsaktion.

Eine große Staatsaktion ist in Posen vor sich gegangen. Man denke nicht, daß die Staatsregierung für diese Provinz, die vom Hochwasser fast nicht minder schwer betroffen worden ist als Schlesien, große Summen bewilligt hätte. Nach wie vor beschränkt sich die Hilfeleistung in Posen auf die Thätigkeit jenes christlich gesinnten „Waterländischen Frauenvereins“, der nur für die Deutschen Geld hat, die polnischen Kaninchen aber ruhig erkaufen läßt.

Aber neue Dämme hat man in Posen errichtet, Dämme... aber nicht gegen das Hochwasser, sondern — gegen die polnische Gefahr.

Bekanntlich ist der wirtschaftliche Ruin, den die Landwirtschaft von dieser Art Dammbau hat, sehr beträchtlich, vom Dammbau anderer Art unterscheidet er sich aber dadurch, daß er nur jenem Teile der Landwirtschaft nützt, der in den gesetzgebenden Körperschaften als der „notleidende“ paradiert. Durch die Anläufe der An siedelungskommission sind die Preise für größere Grundkomplexe fabelhaft in die Höhe getrieben worden, und so kann man sich nicht wundern, wenn die Edelsten und Besten der deutschen Nation sich dazu drängen, durch Verkauf ihrer notleidenden Güter der großen nationalen Sache einen Dienst zu thun.

Für 20 bis 30 Millionen Mark hat die An siedelungskommission in den letzten Wochen Land angekauft. Einen großen Teil davon erstand sie von der Landbank in Berlin, die den Kauf und Verkauf von Grundstücken geschäftsmäßig betreibt. Unter diesen auf dem Umweg über die Landbank erworbenen Liegenschaften befinden sich u. a. nach dem Verichte der „Posener Nachrichten“ folgende:

- Bom Prinzen Viron von Kurland . . . ca. 4000 Hektar,
  - Herzog zu Sachsen-Altenburg . . . . . 1772 „
  - Herrn Gustav v. Tresslow . . . . . ca. 3100 „
- Direkt von ihren bisherigen Besitzern wurden gekauft:
- Von der königl. Klosterlammer in Hannover ca. 4000 Hektar,
  - Frau Alma v. Tresslow . . . . . 1500 „
  - Antonie Kiehm . . . . . 482 „
  - Herrn v. Wilamowitz-Wöllendorf . . . . . 1981 „

Der Freiherr v. Wilamowitz-Wöllendorf ist früher einmal Oberpräsident gewesen. Ihm wurde der Hektar bis zum Viehhäupterpreise von 1900 M. bezahlt. Nicht schlechter schnitten die andern Besitzer ab. Die Preise der Güter sind nämlich durch die Käufe der An siedelungskommission derart in die Höhe getrieben, daß der königl. Domänenfiskus nur noch im Bromberger Kreise und in Westpreußen lauft, weil die Preise in den übrigen Provinzen Posen für ihn unerträglich sind. Aber was sich der Domänenfiskus nicht verstaten kann, darf sich der aus preussischen Steuergeldern gespeiste Kaninchenjagdfonds wohl leisten!

Nach dem Programm der An siedelungskommission sollen vor allem jene Güter gekauft werden, die in „Gefahr“ sind, in polnische Hände zu geraten. Daraus ergibt sich, daß die verschiedensten feindlichen und streng national gesinnten Besitzer keinen Anstand daran genommen hätten, ihre Güter dem polnischen Erbsünder auszuliefern, wenn er ihnen bessere Preise bezahlt hätte. Das Hinausfickern des polnischen Großgrundbesitzes ist ihnen wohl zu staten gekommen.

So wird in Posen der Landwirtschaft geholfen!  
Zweites Bild.

Die 10 Millionen, die der königlich preussischen Regierung durch die öffentliche Entpöpfung für das überschwemmte Schlesien abgeprecht worden sind, werden kaum dazu genügen, die Hälfte des entstandenen Schadens gutzumachen. Nach vorliegenden Nachrichten übersteigt der Schaden zwanzig Millionen Mark. Mehr als die Hälfte dessen, was notwendig ist, soll also zusammengebeutelt werden. An die Spitze dieser privaten Hilfsaktion ist der Graf Posadowsky getreten, und nun hat auch Wilhelm II. 10 000 Mark gespendet. Etwa das Tausendfache dieses Betrages soll auf andern Wege herbeigebraut werden. Auch man also wünschen, daß von Privatengern herangeführt wird, was der Staat noch fehlen läßt, so sind die Aussichten, daß jeder zu dem Seinen kommen werde, doch sehr gering.

Vorläufig ist aus Staatsmitteln ein Betrag von nur 1 Million 600 000 M. flüssig gemacht worden, der zunächst verwendet werden soll, um 1. zerstörte und schwer beschädigte Gebäude aus dem Ueber schwemmungsgebiete auf die Höhe zu verlegen; 2. die erforderlichen Deichschlüsse angefüllt vornehmen zu lassen und 3. durch Wiederaufrichtung zerstörter Weiden und Wehre und Wiederherstellung von Wegen die sofortige Wiederaufnahme der gewerblichen Thätigkeit zu ermöglichen.

Nur unmittelbaren Hilfeleistung ist demnach aus Staatsmitteln noch immer kein Geld vorhanden, trotzdem Tausende von Menschen dem Verhungern nahe sind. Ebenso wenig ist in das vorläufige Programm der Regierung die Bekämpfung des Typhus aufgenommen worden, der bedrohlich um sich greift. Sogar die Dienststreife des Kultusministers nach den verheulten Gebieten ist aufgehoben worden und bis auf weiteres bleibt der Grundfah des Freiherrn von Hammerstein: „Desinfektion ist Privatsache!“ in Kraft.

Dagegen behaupten liberale Optimisten hartnäckig, daß der fünfwochenliche Urlaub, den der Desinfektionsminister angetreten hat, den Anfang vom Ende seiner Ministerherrlichkeit bedeute. Die Grundfah, nach denen der preussische Staat regiert wird, würden aber dadurch auf keine Weise geändert werden. Weder hat es seiner Zeit dem Landwirtschaftsminister v. Heyden geschadet, als er vor zehn Jahren anlässlich der furchtbaren Dürre Staatshilfe als „immoralisch“ verdammt, noch hat sich Herr v. Riquel den Hals gebrochen, als er sich vor sechs Jahren bei der schlesischen Ueber schwemmung breit auf den Geldsack legte. „Immer dieselben Gesichter“ so sehen entspricht nicht den Neigungen des herrschenden Kurzes, aber schließlich sehen die verschiedenen Gesichter doch immer wieder dieselbe Miene auf.

## Deutsches Reich.

### Unredliche Ausflüchte.

Die „Voss. Zig.“ versucht unfren Bemühungen, sie zur publizistischen Sauberkeit zu ermahnen, durch unredliche Ausflüchte zu entweichen.

Die „Voss. Zig.“ sucht zunächst ihre Sache zu verbessern, indem sie sich über allerlei Nebenwichtiges ausbreitet. Sie spricht davon, daß sie die Staatsanwaltschaft um Einleitung eines Strafverfahrens gegen Dr. Kämpf erucht und daß sie die Existenz des „Instituts für Rellame und Propaganda“ überhaupt erst aus der Veröffentlichung des „Vorwärts“ kennen gelernt habe; beide Mitteilungen sind gleichgültig für die eigentliche Frage der Inzeration-Korruption, die von uns festgesetzt ist, und nebenbei begeht die „Voss. Zig.“ in der begreiflichen Verwirrung, die sie befallen, die keine Entstellung, daß sie das kämpfische Cirkular aus dem „Vorwärts“ kennen gelernt haben will, während sie es zunächst aus der „Zukunft“ kennen gelernt hat.

Nicht erheblich ist es auch, ob in der „Vossischen Zeitung“ dem Herrn Schildoff zugesichert worden ist, daß außer seinen Reklamefeuilletons keine andern Besprechungen über die Dresdener Städte-Ausstellung gebracht werden sollen.

Beträchtlich ist allein die Nummer 3 der „Tatsächlichen Feststellungen“ der „Vossischen Zeitung“. Da sagt sie:

Der im „Vorwärts“ mehrfach erwähnte, in Nr. 171 der „Vossischen Zeitung“ inserierte Reklame-Artikel „Einfonienkonzerte im Zimmer“ steht auf der dritten Seite der 2. Beilage, also an einer Stelle, wo niemals redaktionelle Feuilletons stehen (diese finden ihren Platz nur im Hauptblatt, der jeweils laufende Roman den Seiten auf den beiden ersten Seiten der 1. Beilage), schiebt sich nämlich an die „Geschäftlichen Mitteilungen“ an und ist von dem übrigen Text der Seite durch einen dreifachen Strich getrennt, so daß kein Leser auch nur der leiseste Zweifel daran entstehen kann, daß es sich dabei um ein bezahltes Inserat und nicht um einen redaktionellen Artikel handelt. Daß von einer Zurechnung des Publikums über den Charakter derartiger Artikel keine Rede sein kann, erhellt daraus, daß am Kopf der „Voss. Ztg.“ täglich zu lesen ist: „Anzeigen werden nach Schriftart laut Tarif berechnet. Die viergespaltene Zeile in kleiner Schrift kostet für das Wochenblatt 40 Pf., für das Abendsblatt 60 Pf. Im dreigespaltenen „Reklameteil“ beträgt die Zeile dieser Schriftart 1 M. 50 Pf., unter „Geschäftliche Mitteilungen“ 3 M.“ Nur nebenbei bemerken wir, daß der „Vorwärts“, der an seinem Kopf nur für sechsgepaltenen Inseratenzeilen den Tarif angiebt, nichts Bedenkliches darin findet, gelegentlich viergespaltige Reklame-Artikel in Feuilletonform zu veröffentlichen.

Die „Vossische Zeitung“ versucht sich auszuzeichnen und zugleich „nur nebenbei“ die Inseraten-Abteilung des „Vorwärts“ ähnlicher Gepflogenheiten zu beschuldigen, die sie selbst als einwandfrei erachtet. Beiderlei Versuche sind aussichtslos und die „Vossische Zeitung“ verstrickt sich mit jedem Wort, das sie in dieser Sache spricht, tiefer in Schuld.

Die Kläglichkeit der Ausrede ist für jeden Kenner solcher Dinge offenbar. Die „Voss. Ztg.“ giebt selbst zu, daß ihr Reklame-Feuilletton nicht inmitten anderer Inserate seinen Platz hat, sondern sich unmittelbar an redaktionellen Text schiebt. Der dreifache Strich, der es von dem oberen Teil des Textes trennt, läßt den Leser keineswegs erkennen, daß er ein Inserat vor sich hat. Diesen geringen Unterschied kennt der Letztere, aber nicht das Publikum. Das Feuilleton ist aber in derselben Schrift und Spaltenbreite gesetzt wie der sonstige redaktionelle Text, es ist mit dem Namen des Verfassers unterzeichnet und es ist in keiner Weise angedeutet, daß die im Feuilleton besprochene Firma selbst die Urheberin und Bezahlerin ist. Vielmehr wird für den Leser der Eindruck erweckt, als liege eine Besprechung durch einen der Geschäftsführer fernstehenden Unparteiischen vor.

Und dieser Eindruck sollte erweckt werden. Es wäre auch gänzlich verständlich, warum sonst die Inseraten für derartige „Inzerate“ den dreifachen Preis zahlen als für gewöhnliche Inserate. Die Zeitung fordert den hohen Preis, indem sie den Inseraten versteht, daß ein „Inzerat“, das der unklugere Leser nicht vom redaktionell-unparteiischen Teil unterscheidet, besondere Wirkungen haben wird. Will die „Voss. Ztg.“ der Welt aufreden, daß der Inzerent um nichts 370 M. für das „Inzerat“ zahlt, das unter normalen Umständen 90 M. kostet?

Mit diesen Feststellungen erhebt sich zugleich der absurde Versuch der „Voss. Ztg.“, den „Vorwärts“ eines dem übrigen ähnlichen Vergehens zu zeihen. Auf den Reklame-Artikel in Feuilletonform, den die „Voss. Ztg.“ meint, trifft keines der Belastungsmomente zu, die gegen die „Voss. Ztg.“ sprechen. Das Inzerat hat viergespaltigen Text, während unser redaktioneller Text dreispaltig ist; es schiebt sich nicht an redaktionellen Text an, sondern unmittelbar an anderen Inzeratentext; es ist von der inserierenden Firma in fettem Schriftsatz gezeichnet und ist durch Aufzählung der Warenpreise deutlich als Inzerat kenntlich; es kostet daher auch denselben Preis wie jedes andre gleich große Inzerat und der Inzerent würde sich mit Recht von uns keinen Extrapreis auferlegen lassen, da er sich keinerlei besondere Wirkung versprechen kann. Also in jeder Hinsicht verfährt der „Vorwärts“ umgekehrt als die „Voss. Ztg.“.

Schließlich aber ist festzustellen, daß die „Voss. Ztg.“ auch bereits ein weiteres Reklame-Feuilletton aus der Feder des Herrn Schidloff über die Dresdener Städte-Ausstellung zur Aufnahme angenommen hat. Das Feuilleton war bereits im Satz fertig gestellt und zum Druck vorbereitet. Da brach die Veröffentlichung der „Zukunft“ und des „Vorwärts“ herein und nunmehr lehnte die „Voss. Ztg.“ den Abdruck des Feuilletons ab!

Warum diese Ablehnung, wenn die Aufnahme so einwandfrei ist, wie die „Voss. Ztg.“ jetzt vorzutäuschen wünscht? Die Ablehnung zeigt, daß in der „Voss. Ztg.“ selbst die Erkenntnis der Unlauterkeit ihrer Inzeratenmethode erwacht. Anstatt aber in dieser Erkenntnis fortzuschreiten und endlich das bisherige Verfahren zu beenden, verlegt sich nun die „Voss. Ztg.“ auf ebenso widerspruchsvolle wie unredliche Verschleiernungsversuche. Der kapitalistische Geschäftsgestalt besiegelt die publizistische Gewissenhaftigkeit.

#### Die sächsischen Nationalliberalen boykottieren ihre Regierung.

Als zuerst, bald nach der Reichstagswahl, in der sächsischen „Ordnungs-“presse das Verlangen nach einer Kenderung des Landtagswahl-Verfahrens stürmisch laut wurde, haben wir sogleich unsere stärksten Zweifel bekundet, ob diesen Notrufen, welche die Verzweiflung erzeugte, wirkliche Taten folgen würden. Die Verwirklichung dieser Zweifel wird immer deutlicher. Nicht nur die Konservativen, die eigentlichen Angenießer des jetzigen Wahlrechts, minieren gegen jede ernsthafte Kenderung, sondern auch die Nationalliberalen.

Die sächsische Regierung hatte, ebenfalls unter dem Eindruck des Wahlsalles, die Einberufung einer besonderen Konferenz beschlossen, zu der besonders Mitglieder der Ständekammern geladen werden und in der Vorkonferenzen über das, was die schwierige Lage fordert, gepflogen werden sollen. Die Regierung bewies zwar durch die Aufstellung dieses Planes ihre ganze Klugheit, aber immerhin konnte die Konferenz, unter der Voraussetzung, daß sie demnächst zusammengekommen wäre, den wirklichen Willen des Volkes einigermaßen zum Ausdruck bringen. Nun zeigt sich, daß die Konferenz den rückwärts bremsenden Kräften schon zu „revolutionär“ ist. Und als solche Bremser zeigen sich die sächsischen Nationalliberalen.

Am Sonntag versammelten sich die Mitglieder des national-liberalen Landesvereins und der nationalliberalen Fraktion des Landtages in Leipzig zu einer Besprechung. Ueber den Ertrag dieser Besprechung meldet nun das „Leipziger Tageblatt“ partiell-offiziös:

Die nationalliberale Partei stünde zwar nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Kenderung des Wahlrechts erforderlich sei; aber die Art und Weise des Vorgehens der Regierung sei allseitig getadelt worden. Vornehmlich gegen die geplante Einberufung einer Versammlung aus Mitgliedern des Landtages und anderen Personen hege man schwere Bedenken. Auf diese Weise werde „in einer rein politischen Frage ein aus Männern, welche frei von jeder Verantwortlichkeit seien, bestehender Faktor zwischen Regierung und Ständeverammlung eingeschoben, welcher der Verfassung fremd und mit der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Ständen kaum vereinbar sei.“ Weiter wird ausgeführt:

„Dieses Vorgehen könne sich zu einem in konstitutionellem Sinne höchst gefährlichen Präjudiz ausbilden. In eine sehr kritische Lage würden die Mitglieder des Landtages, wenn sie an der Versammlung teilnahmen, geraten können; denn eine gewisse moralische Bindung würden sie aus jener Versammlung mitbringen, würden also nicht mehr ganz frei dastehen, da, wo es sich um die verantwortliche Beurteilung der Regierungsvorlage handle. Unter diesen Umständen dürfte es sich nicht empfehlen, daß Mitglieder der nationalliberalen Partei, vor allem solche, welche Mitglieder des Landtages seien, der etwa an sie ergehenden Einladung zur Teilnahme an der geplanten Versammlung Folge leisteten.“

Die Versammlung, welche die sächsische Regierung einberufen will, hat den Nationalliberalen etwas vom Ludergeruch der Revolution an sich; sie fürchten, daß dort etwas weitgehende Reformpläne

sich geltend machen könnten und sie wollen doch nur eine „Reform“ derart, daß sie selbst einige Mandate mehr gewinnen, daß aber sonst alles Unrecht erhalten bleibt. Selbst die Redaktion des nationalliberalen „Leipz. Tagebl.“ bemerkt zu diesem wahrhaftigen Boykott, den seine Parteileitung gegen die sächsische Regierung verhängt:

„Der Reformarbeit ist mit diesen Beschlüssen ein schwerer Schlag verjagt worden, das ist um so gewisser, als der bedauerlich Mühe, reservierte Ton des ganzen Communiqués bis zum Schluß durchaus nicht geeignet ist, Stimmung für die Reform überhaupt zu machen. Die größte Freude an den Beschlüssen werden — die Konservativen haben.“

In Sachen herrscht vollständigste Verwirrung. Die in der zweiten Ständekammer herrschenden Parteien, Konservativen und Nationalliberalen, sträubten sich aufs lebhafteste gegen jede auch nur einigermaßen des Namens einer Reform würdigen Kenderung des miserablen Wahlrechts. Sie wollen keine Gerechtigkeit, sondern höchstens eine Verschiebung zu Gunsten der Nationalliberalen, die in Sachen an Volksfeindlichkeit den Konservativen völlig ebenbürtig sind. Die Regierung weiß in dieser Situation keinen Rat.

Nur das eine ist klar: das entsetzte Volk wird mit allem Nachdruck die Reform des Wahlrechts fordern und sich durch keinerlei Scheinmänner täuschen lassen. Wenn der Widerstand der Kammer aber eine ernsthafte Reform hindert — nun Sachen ist zwar sehr rot, aber es kann noch röter werden! —

Vom goldenen Fahrstuhl. Als man erfährt, daß der Berliner Pressklub von Hofbankier Romeid 25 000 M. als „unkündbares unverzinsbares Darlehen“ erhalten habe, wurde in der Presse — auch in der bürgerlichen — vielfach verlangt, daß dieser Betrag an die Bank zurückgezahlt werde.

Nun verzeihet das „Berliner Tageblatt“ ein sicher aufstretendes Gerücht, wonach der Er-Pressklub den Nachfolgern der Pommerenbank dreitausend Mark als einmalige Abfindung auf das „Darlehen“ erfolglos angeboten habe.

Der Klub schätzt demnach die Verdienste, die er sich um Herrn Romeid erworben hat, auf 22 000 M. ein — nur um 8000 M. weniger, als Herr Justizrat Seilo als Verteidigerhonorar erhalten hat. —

Heilige Einfalt. Zur großen Kehlerverbreitung von Hanau schleppt jetzt das alte Weiblein „Germania“ auch noch sein Heiligblind herbei. Herr Richard Wagner hat über Schopenhauer, Darwin und Haedel geschrieben! Das genügt.

Aber wenn sie den alten Postportageroman vom sozialdemokratischen Terrorismus, der eben erst im Wahlkampf viel Abonnenten verloren hat, zur Rechtfertigung des staatlichen Vorgehens heranzieht, dann muß man sich doch fragen, wo alle Feinheit theologischer Casuistik da geblieben ist. Was würde geschehen, rufte sie, wenn sich „unter den sozialdemokratischen Parteibeamten jemand befände, der im Gegensatz zu dem Ober-Postdirektions-Sekretär Richard Wagner ein Anhänger des positiven Christentums wäre, die heutige Gesellschaftsordnung schriftstellerisch verteidigte und mit irgend einer der bürgerlichen oder gar „reaktionären“ Parteien sympathisierte“?

Antwort: 1. Wenn sich ein Sozialdemokrat zum positiven Christentum bekennt, so geschieht ihm gar nichts; höchstens wird er, wenn er sonst tüchtig ist, strafweise zu den höchsten Ehrenämtern der Partei berufen. 2. Wenn ein „sozialdemokratischer Parteibeamter“ die heutige Gesellschaftsordnung schriftstellerisch verteidigt und mit den bürgerlichen Parteien „sympathisiert“, wird er niemals so dumm sein, „sozialdemokratischer Parteibeamter“ zu bleiben, sondern bei Herrn Marx Lorenz in die Schule gehen. 3. Wäre die Sozialdemokratie wirklich so schlecht, wie die „Germania“ behauptet, wie schlecht ist erst der Staat, wenn er gleichen Grundsätzen huldigt, obwohl er angeblich nicht Partei ist, sondern „über den Parteien“ steht. Somit aber nicht gelangt sein soll, daß die Drangsalierung eines Beamten, der sich zu Darwin bekennt, nicht den Grundsätzen des „christlichen Staates“ entspricht, die die „Germania“ vertritt.

Sächsische Toleranz. In Dresden ist Ende vorigen Jahres eine öffentliche Lesehalle eröffnet worden, deren Stifter von der Presse als Wohltäter der Menschheit, als moderne und vorurteilslose Sozialpolitiker und Ethiker gefeiert wurden. Tatsächlich ist die Lesehalle sehr schön eingerichtet. Es liegen in ihr über 1000 Zeitungen und Zeitschriften aus. Allen Wünschen der Besucher nach Anschaffungen von Zeitungen — und mögen sie noch so teuer sein — wird in bereitwilligster Weise entsprochen, aber das Institut verleiht nicht seinen spezifisch sächsischen Charakter. Die Direktion der Lesehalle duldet in ihren Räumen keine sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften. In Dresden wie ganz Sachsen sind unter fünf Menschen drei Sozialdemokraten. Jeder sächsische Politiker hat doch also ein Interesse daran zu erfahren, wie die Gedankenwelt dieser weitaus stärksten politischen Partei beschaffen ist. Alle solche Erwägungen genieren die Dresdener Lesehalle-Direktion nicht; die sozialdemokratische Presse bleibt boykottiert. Interessant ist es nun zu beobachten, daß gegen diese russische Censur selbst politisch recht friedfertige Leute aufbegehren. Im Wunschgebiete haben nicht weniger als achtundzwanzig Lesehallen-Besucher, meistens Schriftsteller, Industrielle, Künstler und Kaufleute, mit voller Namensunterschrift die Anschaffung des „Vorwärts“ verlangt. Die Bestellung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist 16 Mal beantragt worden. Außerdem finden sich im Bescheidende zahlreiche Eintragungen, in denen der Direktion wegen ihrer Rückständigkeit umgeschickt die Wahrheit gesagt wird. Bis jetzt hat die Direktion auf diese Wünsche und Beschwerden nicht gehört. Der Boykott unserer Parteipresse ist um so provozierender, als die Lesehalle aus dem städtischen Steuerfiskus, zu dem doch die Sozialdemokraten auch beitragen, jährlich 10 000 M. Unterstützung erhält. —

Galle, 27. Juli. Zum Kapitel der Bestrafung Untergebener. Der Kanonier Potjorski von der 3. Batterie des Artillerie-Regiments Nr. 47 von hier war in Altengrabow auf Zielbau-Commando und am Abend des 11. Juni nach Pappenstein mit zwei Kameraden ohne Erlaubnis in die Kantine gegangen. Die drei Leute hatten dort, weil es am Tage sehr warm gewesen, etwa 40 Schmitt Bier und auch Rotwein getrunken, infolgedessen sie nicht mehr ganz klar bei Verstand waren. Als nach 10 Uhr der Unteroffizier Nachtwäch die Kantine betrat und die Kanoniere daran erinnerte, daß sie unerlaubt dort weilten, gingen sie sofort weg. Auf dem Rückhausewege nach der Parade, wobei sie sich etwas Zeit genommen hatten, traf der Unteroffizier noch einmal mit ihnen zusammen und rief den vor ihm hergehenden Untergebenen zu, ob sie denn noch nicht nach Hause wollten. Potjorski, der heute wegen des nächtlichen Vorganges vor dem Kriegsgericht der 8. Division angeklagt war, will nicht gewußt haben, daß dieser Ruf von dem Unteroffizier kam, und machte die Bemerkung: „Quatsch! Sie und nicht an“. Der Unteroffizier forderte nun P. auf, seinen Namen zu nennen, und griff, als P. dieser Aufforderung nicht nachkam, nach dessen Mütze. P. packte den Vorgehenden dabei an den Arm und sagte: „Wenn Sie mich nicht gehen lassen, dann verzeihe ich mich“. Dann ließ P. schließlich seinen Kameraden nach, in die Parade. Wegen dieser Geschichte war nun Anklage erhoben worden wegen thätlichen Angriffs, Widersehung, Ungehorsams usw. Der Anklagevertreter sagte, er solle die Sache sehr milde auf und beantragte dann eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren Gefängnis. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß P. auf dem Rückhausewege nicht gleich gewußt habe, daß er es mit einem Vorgesetzten zu thun hatte, und erkannte auf die noch immer außerordentlich hohe Strafe von einem Jahr Gefängnis. —

#### Ein Straßentravall und ein nervöser Landrat.

Nach einem Bericht der „Frankf. Ztg.“ aus Jüda ist es daselbst im Laufe des Sonntags zu wiederholten Ausschreitungen der beim Kanalbau beschäftigten Italiener gekommen. „Sie begannen — so sagt der Bericht — verschiedene grobe Gewaltthatigkeiten in Wirtschaften und auf der Straße; es kam zu Steinwürfen, Schüssen und zu Schlägereien der Italiener unter einander, so daß sogar eine Zeitlang an die Verhängung des Belagerungszustandes gedacht wurde. Schuppleute und Militär wurden zur

Wiederherstellung der Ruhe aufgeboden. Auch am Montagabend entstand zwischen Italienern und einem Wirt ein Streit, der mit Hinausweisung der Italiener endete. Sie warfen hierauf mit großen Steinen die Thüre und die Fenster ein und zertrümmerten die Gaslampen. Gegen 9 Uhr gab ein Italiener aus einem Revolver vier Schüsse auf einen streifenden Kollegen ab; des Weges daherkommende Artilleristen überwältigten den Thäter durch mehrere Säbelhiebe über den Kopf. In der Brauhausstraße gab es gleichfalls gestern Abend Streit unter italienischen Kanalarbeitern. Militär und Schuppleute durchstreifen die Stadt. Die Italiener verusachten noch in verschiedenen Gegenden der Stadt Schlägereien; eine Wirtschaft wurde durch Steinwürfe arg zu gerädert.“

Wie übertrieben diese Darstellung der Vorkommnisse, zeigt aber eine weitere Nachricht aus Jüda:

„Zu den Unruhen am Sonntag ist noch nachzutragen, daß in Folge unbedeutender Schlägereien der Landrat Steffens gestern Militär konfignierte. Der Belagerungszustand ist formell noch nicht erklärt. Die betreffenden Plakate waren schon gedruckt, sind aber nicht zur Verwendung gelangt. Der Landrat wird wahrscheinlich wegen hochgradiger Nervosität beurlaubt werden.“ —

Bezirksstagswahlen in Elsaß-Lothringen. Für den 13. September sind die Bezirksstagswahlen in Elsaß-Lothringen anberaumt, bei denen es sich um Ersatz für das ausscheidende Drittel der Abgeordneten handelt. Diese Wahlen vollzogen sich zur Zeit, als die Bezirksstagswahl für Verwaltungszwecke zuständig waren, ohne jede Wahlbewegung. Sie haben aber, seit diese Körperschaften die Mehrheit der Landesausführung-Abgeordneten, nämlich 34, zu wählen haben, eine gewisse politische Bedeutung erhalten und werden daher zu einer mehr oder weniger lebhaften Wahlbewegung führen. Im November sind 24 Landesausführungswahlen vorzunehmen. Abgesehen von den Städten Strahburg, Colmar, Mülhausen und Reib, deren Gemeinderäte je einen Vertreter für den Landesausführung zu wählen haben, haben die übrigen Gemeinderäte je einen Wahlmann und die Wahlmänner eines jeden Kreises je einen Landesausführung-Abgeordneten zu wählen. Die Sozialdemokratie hat bisher nur einen Vertreter im Landesausführung, nämlich den Genossen Gummel in Mülhausen. —

#### Ausland.

##### Der Papstwechsel und Frankreich.

Paris, 26. Juli.

Ein heiteres Schauspiel bietet zur Zeit die antikerikale Regierung. Sie macht den internationalen Notau der Herrschenden vor dem Vatikan eifrig mit. Die Kerikalen reiben sich darob schadenfroh die Hände, die Antikerikalen zürnen und höhnen im Bewußtsein ihrer Ohnmacht.

Herr Delcassé darf sich ungehindert dem Hochgefühl überlassen, die auswärtige Politik der „ältesten Tochter der Kirche“ zu leiten. Gegenüber dem Vatikan spielte er im Minister-Konzert seine Sologeige noch energischer, als in andern Fragen. Und er wird von einem gesiederverwandten französischen Vorkämpfer am Vatikan bedient. Davon zeugt das letzte Gelbbuch, worin der Minister und der Vorkämpfer der Republik die römische Kurie auffordern, ihnen in der Bänigung des antikerikalen Eifers der Parlamentsmehrheit behilflich zu sein.

Dieses Gelbbuch bietet auch vorausnehmend eine authentische Aufklärung über Ziel und Richtung der von Delcassé betriebenen Regierungspolitik während des Papstwechsels. Die fanatische „Guns“ des Vatikan soll Frankreich erhalten bleiben, wie unter dem der Republik „ralliierten“ Leo XIII. In dieser Beziehung bewegt sich Delcassé durchaus in den Bahnen seines meinichlichen Vorgängers, Gantaur. Mit dem Unterschied freilich, daß dieser dabei im Einklang mit der Kerikalfreundlichen inneren Politik seines Kabinetts handelte und daher die vatikanische „Guns“ mit positiven innerpolitischen Gegenwerten bezahlte konnte; Delcassé dagegen — bis auf weiteres — beim besten Willen in der inneren Politik nur einen negativen Gegenwert bieten kann, nämlich die Verhinderung eines größeren „antikerikalen Uebels“, die maßvolle Besonnenheit und die besonnene Mäßigkeit der antikerikalen Aktion.

Anders liegen die Dinge in der auswärtigen Politik Frankreichs als der „ältesten Tochter der Kirche“. Hier gilt nach wie vor das von Gambetta aufgestellte Dogma: „Der Antikerikalismus ist kein Ausfuhrartikel“. Am traditionellen katholischen Protektorat Frankreichs darf nicht gerüttelt werden. Jede Regierung findet trotz wachsender Opposition eine Parlamentsmehrheit für die Subventionierung der auswärtigen Ordensmissionen. Und die Bestrebungen der andern Mächte, vor allem Deutschlands, jenes Protektorat zu durchbrechen, um ihre nationalen katholischen Missionen selbst zu beschließen, machen das mittelalterliche Privilegium für Politiker von Schlage Delcassés umso wertvoller. Die vatikanische „Guns“ bedeutet für Frankreich das Recht, für die Allerwelt-Missionen Missionen zu dürfen, was in der diplomatischen Sprache die Wahrung des französischen Einflusses genannt wird. Delcassé bemüht sich nun um die Wahrung dieses kostbaren Rechtes auf dem auswärtigen Gebiet, wie er auch die Fortsetzung der verhänglichen und beschwichtigenden Politik Leo XIII. gegenüber der Republik zu erhalten sucht. Daß diese 1893 begonnene Politik im ersten Jahresfrist die Kerikale Verfechtung der Republik stark gefördert hat, um dann die antikerikale Notwehr der Republik auf Schritt und Tritt zu hemmen, dafür fehlt Delcassé das Verständnis. Er hält schon den Antikerikalismus seines Ministerpräsidenten für viel zu weitgehend und hat denn auch an dessen Eindämmung nach Kräften selbst mitgeholfen.

Der „französische“ Kandidat für den Stuhl des heiligen Petri ist bekanntlich der Kardinal Rampolla. Die gotische republikanische Regierung bearbeitet nun den heiligen Geist, der ja über die Papstwahl entscheidet, zu Gunsten Rampollas; sie bearbeitet ihn mit profanen und kirchlichen Mitteln. Unter den profanen Mitteln ist vor allem zu erwähnen die Verschönerung der Pariser Messe des italienischen Königs im Hinblick auf die Krankheit Leo XIII. In der antikerikalen Presse wurde — zuerst vom sozialistischen Abg. Sem b a — entfällt, daß die Verschönerung dem diplomatischen Genie Delcassés entzogen ist. Und die italienische Regierung mußte das offizielle „gemeinsame Einverständnis“ mitmachen, obgleich der Vatikan selbst nach der Ernennung Humberts I. (1900) seine Jubiläumsgelübden für keinen Augenblick unterbrochen hatte, und das in unmittelbarer Nähe des trauernden italienischen Hofes. ... Am Sterbebette des Papstes überschlug sich der französische Vorkämpfer Rizard in „ersterbender“ devotester Trauer. Clemenceau höhnte vergeblich über das „unterpöthelantropische“ (affenmenichliche) Benehmen des auf allen Vieren kriechenden Vertreters der französischen Demokratie. Im Hinblick auf das Concile sucht ferner Delcassé die Stimmen der französischen Kardinalen für Rampolla zu gewinnen. Er beruft sie zu diesem Zweck ostentativ im auswärtigen Amte ein, auch die lampflüchtigen oppositionellen Kardinalen, wie die Erzbischöfe von Paris und Reims.

Dieser gouvernementale Wahldrud auf den hl. Geist ist allerdings eine harte Arbeit. Internen Delcassés Lieblingskandidat den extremen französischen Kerikalen verhaft ist. Sie machen Rampolla für die „Kerikalisierung“ Leo XIII. verantwortlich. Die Extremen berühren sich. Der „französische“ Papststandart ist lediglich der Kandidat der opportunistischen Kerikalen und der Kerikalfreundlichen Republikaner, während die Extremen von rechts und links einen Kampfpapst vorziehen würden.

Der neueste „waghtatorische“ Schritt Delcassés ist die Veranstaltung einer feierlichen offiziellen Totenmesse in der Notre-Dame-Kathedrale zu Ehren Leo XIII. Der Minister hat diese Angelegenheit in persönlicher Besprechung mit dem päpstlichen Nuntius und dem Pariser Erzbischof geregelt. Die radikale Presse kann sich vor Wut nicht fassen. Die „Lanterne“ droht sogar mit dem Ausweichen des offiziellen Juges nach der Kathedrale und mit einer ministerförmigen Interpellation im Herbst. Delcassé aber läßt sich nicht beirren in seiner Hoffnung, den heiligen Geist für den opportunistischen Kerikalismus oder den Kerikalen Opportunismus zu gewinnen. —

## Oesterreich-Ungarn.

**Der Todes-Übungsmarsch** des 12. Infanterie-Regiments kam gestern auch im ungarischen Abgeordnetenhaus zur Sprache. Auf eine Anfrage von oppositioneller Seite gab der Konzeptionsminister Kollonitsch folgende Darstellung des „Marsches Unglücks“: Die Soldaten begannen den Ausmarsch von Terebinje nach dem 28 Kilometer entfernten Velek zwischen 4 und 5 Uhr morgens. Während der ersten Hälfte des Weges wurden dreimal Ruhepausen angeordnet, alle Erleichterungen wurden gewährt. Wasser wurde in Fässern genügend nachgeführt. 5 Kilometer vor dem Endziel bei Ceplica wurden zahlreiche Marckumfänge gemeldet und es wurde deshalb abermals eine Ruhepause angeordnet. Danach begann der Aufstieg auf dem gebirgigen Weg nach Velek, wobei die Temperatur sich plötzlich auf 40 Grad erhob. Ein Kilometer vor Velek wurde Rast gehalten. Da jedoch gar kein schattiger Platz zu finden war, wurde beschlossen, weiter zu marschieren, um in dem nur mehr 300 Meter weiter gelegenen Velek Rast zu suchen. Während dieses Marsches ereignete sich das bellagierende Unglück, daß 15 Mann vom Sonnenstich betroffen wurden und starben. Von den Erkrankten befanden sich 7 in Krankenhauspflege. Die strengste Untersuchung ist angeordnet.

Zur Verurteilung der öffentlichen Meinung dürfte dieses Verlegenheitsgeschwätz kaum beitragen.

Die **Wahlrechts-Versammlungen** am letzten Sonntag hatten durchweg einen entschiedenen Erfolg, besonders in Wien, wo sich an der Wahlrechtsversammlung auf der Praterbahn etwa 30 000 Personen beteiligten. Auf dem großen 28 000 Quadratmeter umfassenden Platz waren mehrere Rednertribünen aufgeschlagen, von denen herab die Genossen Bernerstorfer, Adler, Staret, Schuhmeier, Hrbek, Steiner und Krappa Ansprachen hielten, worauf folgende Resolution Annahme fand:

Das österreichische Privilegienparlament ist wieder einmal in Schimpf und Schande verfallen, seine Abgeordneten wurden nach Hause geschickt und die 14-Wirtschaft beginnt von neuem ihr frevelhaftes Spiel. So wie das Privilegienparlament ein Raub an den wirklichen Rechten des Volkes ist, so stellt die Angliederung der fünften Kurie nichts anderes als die Verschleierung dieses Raubes auf die natürlichen Rechte des arbeitenden Volkes dar.

Die unerfällliche Habgier der Besitzenden wird durch ihr politisches Privileg bis ins unendliche gesteigert, zudem werden den breiten Massen des werththätigen Volkes die unentbehrlichsten Lebensmittel durch neue und höhere Zölle in der schamlosesten Weise verteuert und so der besitzlosen Klasse ein zweifaches Joch der Ausbeutung aufgezwungen. Dagegen verhält der Ruf der Arbeiter nach vernünftigen Arbeiterschutz, nach Einführung einer Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung ungehört.

Die heutige Versammlung protestiert somit gegen dieses Privilegienparlament, das nur ein Tummelplatz für einzelne wenige politische Streber und Gaukler zu chauvinistischen Quertreibereien und Ergeizen geworden und das ein unüberwindliches Hindernis für jeden sozialen Fortschritt ist. Die Versammlung ruft alle Arbeiter zum Kampfe gegen das nichtswürdige, das Parlament korumpierende und die Menschen verderbende Wahlprivileg auf. Die Arbeiterklasse fordert energisch eine Reform der Verfassung — eine wirkliche Volksvertretung — und wird nicht früher ruhen und rasten, bis nicht in Oesterreich das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als erste und wahre Volks- und Staatsnotwendigkeit durchgeführt ist.

## England.

**Südafrikanische Arbeiterfrage.** Im Laufe der Beratung des Gesetzes betreffend die Zinsgarantie der Transvaal-Anleihe im Verlage von 35 Millionen Pfund Sterling erklärte gestern Kolonialminister Chamberlain im englischen Unterhause bezüglich der Verwendung indischer Kulis beim Eisenbahnbau, die öffentliche Meinung in Transvaal sei gegenwärtig gegen die Einführung asiatischer Arbeitskräfte und er habe deshalb nichts zu deren Gunsten gethan. Die Frage der Einführung chinesischer Arbeiter sei verfrüht, weil noch keine darauf bezüglichen Vorschläge an ihn herangetreten seien. Er sei der Meinung, die neuen Kolonien würden im Stande sein, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen und zu den am besten gehenden unter den englischen Kolonien zählen. Die zweite Lesung der Bill wird darauf vom Hause angenommen.

## Asien.

**Rußland in der Mandchurei.** Die „Associated Press“ hat von ihrem Vertreter aus Petersburg die telegraphische Mitteilung erhalten, daß dieser eine Unterredung mit dem Direktor der asiatischen Abteilung über die Mandchurei-Angelegenheit gehabt hat. Der Direktor erklärte, Rußland habe seine Einwilligung dazu verweigert, Charbin eventuell als offenen Hafen zu betrachten wegen seiner Wichtigkeit für den Eisenbahnverkehr. Er (der Direktor) habe jedoch nichts dagegen einzuwenden, daß zwei oder auch noch mehr Häfen geöffnet würden. Bezüglich der öffentlichen Meinung in Amerika habe der Direktor seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß von Rußlands „redlicher“ Politik behauptet werde, sie sei eine doppelte, da doch die britische Doppelzüngigkeit in dieser Frage jedem klar sei. Nachdem er die Meldung des „Standard“ aus Tientsin über die russischen Truppeneinstellungen in Port Arthur für falsch und als für Amerika berechnet erklärt hatte, habe der Direktor hinzugefügt, Rußland fürchte keinen Krieg, selbst nicht mit fünf Mächten. England habe sich nie über Rußlands Verhalten in der Mandchurei-Angelegenheit beklagt. Es habe die Sonderinteressen Rußlands anerkannt, jedoch stets Japan und Amerika zu einem Vorgehen gegen Rußland angestachelt.

Trotz dieser und ähnlicher Abwegungsversuche ist es jedoch zweifellos, daß Rußland emsig bemüht ist, seine Position in der Mandchurei zu verstärken; wenn auch die Berichte der großen englischen Blätter und vor allem des „Reuterischen Bureaus“ entschieden übertrieben und offensichtlich den Zweck verfolgen, Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika zu einem Kriege zu drängen, den England selbst aus Rücksicht auf seine Lage in Indien sich zu unternehmen scheut. So berichtet z. B. das „Reuterische Bureau“ unter dem 27. d. M. aus Peking:

Die russische Verwaltung in Kutschwang hat die Ausfuhr von Weizen nach Japan verboten. Die Getreide-Ausfuhr ist in chinesischen Häfen überhaupt untersagt, doch liegen die Russen diese Bestimmung während des letzten Monats unbeachtet und die Japaner konnten sich in Kutschwang viele Schiffsladungen Weizen, augenscheinlich zu Kriegsvorbereitungen bestimmt, verschaffen. Mehrere Schiffe waren damit beschäftigt, Weizen von Shanghai und anderen südlichen Häfen nach Kutschwang zu bringen, von wo sie als direktes Ausfuhrgut weiter befördert wurden. Am 23. Juli erließen die russischen Behörden ein Verbot zweiter Ausfuhr und betrauten General Kondratowitsch mit dem Oberbefehl über sechs bewaffnete Handelsschiffe, die auf dem Liaosuffe auf- und abzufahren haben. Man legt dies als ein neues Zeichen für die Absicht Rußlands aus, Kutschwang und die Herrschaft über den Fluß zu behalten.

Neuerdings sind russische Zivilpersonen und Soldaten mit Familien in großer Zahl nach der Mandchurei gebracht worden, offenbar im Verfolg eines umfassenden Planes, die Provinz so rasch als möglich zu kolonisieren. Wird dies im bisherigen Maßstabe fortgesetzt, so werden, ehe der für die endgültige Räumung festgesetzte Zeitpunkt da ist, etwa 100 000 russische Zivilpersonen in der Mandchurei, die in Port Arthur und Dalny lebenden eingeschlossen, vorhanden sein.

Ähnliche russische Vorbereitungen für einen Krieg werden der „Times“ von ihrem Berichterstatter gemeldet.

Was jetzt sind keinerlei Anstalten zur Räumung getroffen worden. Am Gegenteil, es treffen ununterbrochen Verstärkungen ein. Eisenbahnzüge führen Truppen, Munition und Feldgeschütze nach dem Süden, und der lokale chinesische Handelsverkehr ist fast ein-

geschränkt, wenn auch nicht ganz aufgehoben worden. Dalny war bisher ohne militärischen Schutz. Infolge des Besuchs durch General Kuropatkin hat man sich jetzt entschlossen, dort zwei starke Forts zu bauen und dem Orte eine Besatzung von 12—15 000 Mann zu geben. Man schafft die Truppen unter dem Vorwande dorthin, einen Eisenbahn-Mobilmachungsvorhaben zu machen. Ferner hat man sich auf Veranlassung des Generals Kuropatkin entschlossen, eine Stützpunkt-Vertheidigung einzurichten und die Eisenbahn von Port Arthur bis zwei Stationen oberhalb Dalny durch umfangreiche Festungsanlagen zu sichern.

Die Zufuhr von Lebensmittelvorräten und Kohlen nach Port Arthur hört nicht auf. Die Russen haben an der ganzen chinesischen Eisenbahn von Lutai, im Norden von Tsaku, bis nach Kutschwang alle Futterbestände aufgelöst und schaffen sie mit der Bahn nach der Mandchurei. Die Nachricht, daß die Russen 250 000 Tonnen Kohlen für Port Arthur bestellt haben, war nicht übertrieben. Von Tschingwangtao, dem Hafen für die Kohlenbergwerke von Kaiping, gehen wöchentlich drei Ladungen von 4000 Tonnen nach Port Arthur.

**Washington, 27. Juli.** (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Man hat allen Grund zu der Annahme, daß der Vertrag, der die Handelsstellung der Vereinigten Staaten in der Mandchurei endgültig bestimmt, vor dem 1. August zur Unterzeichnung fertig ist. Die von zuständiger Seite erklärt wird, ist die Frage der Öffnung neuer mandchurischer Plätze für den Handel im wesentlichen befriedigend mit China geregelt worden. Es bleibt nichts zu erledigen als der Zeitpunkt der Öffnung.

## Partei-Nachrichten.

Die **Kreisconferenz des Wahlkreises Mülhhausen-Langensalza-Weiskensee** fand am letzten Sonntag in Mülhhausen statt und erfreute sich einer sehr starken Beteiligung, im besonderen waren auch die ländlichen Orte gut vertreten. Bei den Berichten der Kreisleitung, der Kontrollkommission und bei dem Bericht über die Reichstagswahlen wurde in der Hauptsache das Resultat der letzteren erörtert und mit dem Bedauern, daß es uns diesmal noch nicht gelungen sei, unsern Kandidaten durchzubringen, die Gründe hierfür eingehend erörtert und daraus Schlüsse und Maßnahmen für unsere weitere Agitation gezogen. Aus den Einzelheiten des Agitationsberichts heben wir hervor, daß zur Reichstagswahl 150 000 Flugblätter verbreitet worden sind, nachdem schon im Lauf des Jahres 60 000 Flugblätter allgemeineren Inhalts und 5000 Kalender verbreitet worden waren. Die Abrechnung der gesamten Einnahmen und Ausgaben, einschließlich derjenigen für die Reichstagswahl, ergab bei 2851,28 M. Einnahmen und 2873,64 M. Ausgaben ein Defizit von 22,36 M. Bezüglich der weiteren Organisation wurde besonders beschlossen, erneute Versuche feiter Organisationen in denjenigen Landorten zu machen, wo bei der letzten Wahl überwiegend sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Die Kreisleitung soll zu diesem Zwecke besondere Agitationssturen arrangieren. Betreffs der preussischen Landtagswahlen wurde erneut der vorjährige Beschluß bestätigt, sich an ihnen mit allen Kräften zu beteiligen und durch Vorträge, speciell über die Technik dieser Wahlen, die Arbeiter aufzuklären. Der Thüringer Parteitag gab keinen Anlaß zu einer eingehenden Erörterung, nur wurde den Delegierten der Auftrag gegeben, für die Beibehaltung des Kalenders einzutreten; bezüglich des deutschen Parteitages wurde eine Beschlusnahme beschlossen und eine besondere Wahl dazu dem Mülhhauser Wahlverein überlassen.

**Zur Marburger Stichwahl.** Wir werden um Aufnahme der folgenden Zuschrift ersucht:

In seinen letzten Ausführungen sucht der „Vorwärts“ die Rolle des Angeklagten in die des Anklägers umzukehren. Die Marburger Stichwahlfrage ist aber von so großer prinzipieller Wichtigkeit, daß sie nicht ungelöst bleiben darf. Die Unterzeichneten, welche an den Vorgängen nach der am 19. Juni erfolgten Abreise des Genossen Vader, mit dem sie sich übrigens völlig solidarisch erklären, in besonderer Nähe beteiligt gewesen sind, sehen sich deshalb zu folgender Erklärung veranlaßt:

Unsere Stichwahl-Parole war gerechtfertigt:  
1. Nach dem Stichwahl-Beschluß der außerordentlichen Parteiversammlung vom 20. Juni. Die in höchstem Grade unernstete und zudem völlig unoffiziell, als einfache Meinungsäußerung eines Vorkongress-erschienenen Stichwahl-Parole des „Vorwärts“ konnte für unseren Beschluß keine bindende Kraft haben. Nicht der „Vorwärts“, sondern der Parteitag ist für die Haltung der Einzelorganisationen maßgebend. Der Münchener Parteitag aber steht auf unserer Seite. Innerhalb der durch ihn gezogenen Grenzen mußten die Entschlüsse der Ortsgruppen durch aus autonom sein. Ein Grund für ein Abgehen von der Resolution Vebel lag für uns aber umso weniger vor, als wir dieselbe wohl mit Recht nicht für einen blindgeladenen Anonimenschuh hielten und die in Betracht kommenden bürgerlichen Linksparteien überdies mit der einstimmig angenommenen Resolution Vebel keineswegs auch nur eines ihrer Prinzipien, die doch allein zu jenem Beschluß Veranlassung gegeben hatten, geändert haben.

2. Durch örtliche Verhältnisse sowie prinzipielle Stellung der hiesigen Parteimehrheit. Die ersteren hat bereits Genosse Vader angedeutet. Zunächst kann man schon über die Richtigkeit bzw. Nicht-Richtigkeit der bürgerlich-radikalen Parteien sehr verschiedener Meinung sein. Hier in Marburg lag der Fall aber noch ganz besonders eigenartig. Wir hatten Gerlach nicht als isolierten freimüthigen „Wilden“, sondern als Mitglied einer politisch höchst bedenklichen Partei zu betrachten. Diese Partei — das wußten wir genau — stand und fiel mit Gerlachs Wahl oder Nichtwahl. In unserer Hand lag es also, eine Partei-Organisation von der Bildfläche verschwinden zu lassen, die überdies eigens gegründet, um uns „abzulösen“, um Verwirrung und Unklarheit zu stiften im Stande ist, eine Partei noch dazu, deren Wähler, wie Kaunmann selber es ausgesprochen, nicht um des sozialen Teiles ihres Programms wegen dem nationalsozialen Kandidaten ihre Stimme geben!

3. Durch den Parteivorstand selbst. Die Bemerkung des „Vorwärts“, der hiesige Beschluß sei ihm erst durch die „Frankf. Zeitung“ bekannt geworden und selbst der Parteivorstand habe nichts von ihm erfahren, ist teils unrichtig, teils verschleierte sie den wahren Sachverhalt. Unrichtig deshalb, weil Genosse Michels auf einen am Tage nach dem Stichwahl-Beschluß eingetroffenen, uns die Wahl Gerlachs nahelegenden Brief des Genossen Pfannkuch diesem den Stichwahl-Beschluß umgehend mitteilte.

Gleich nach der Hauptwahl ist von Seiten des Genossen Vader Bericht an die Parteileitung erstattet worden mit Klarlegung der hiesigen Verhältnisse und der Bitte um Angabe einer Stichwahl-direktive. Der Bescheid, von dem Pfannkuch geschrieben, lautete, die Wahl Gerlachs sei doch aussichtslos und schloß mit den Worten: „Und da dem so ist, braucht man die eigene Position für die Zukunft nicht zu schwächen.“ Also haben wir das Bild: Marburger Parteigruppe und Parteivorstand auf der einen, „Vorwärts“ auf der anderen Seite! Kommentar nicht nötig. Desto unerfindlicher ist uns aber die Schulmeisterung des „Vorwärts“.

4. Richtig ist durch die Ereignisse, welche den opportunistischen Coup des „Vorwärts“ nicht einmal als politisch praktisch bewiesen. Es dürfte bekannt sein, daß die Nationalsozialen uns nicht mit der Münze des „Vorwärts“ wiedergegahlt haben. — — —

Aber es handelt sich hier in erster Linie ja nicht einmal um die taktische Richtigkeit bzw. Nicht-Richtigkeit des Marburger Beschlusses, sondern um die Richtigkeit bzw. Nicht-Richtigkeit der bewußten „Vorwärts“-Notiz.  
Eine Meinungsäußerung des „Vorwärts“ mußte unter allen Umständen als das erkennbar sein, was sie allein sein durfte: nämlich als eine Kritik der einen Parteigruppe über die Maßnahmen einer selbständigen andren. Die beliebte Fassung als diktatorisches Dekret überschritt jedoch durchaus die Befugnisse des „Vorwärts“ und mußte geeignet sein, die hiesige Organisation zu desorganisieren. Der „Vorwärts“ hatte als einzelnes Parteimitglied nicht das Recht,

Aber den Kopf der hiesigen Ortsgruppe mit dem Gegner zu paktieren. Daß derartige Machenschaften sich leider abgespielt haben, ist sicher. Durch mündliche Äußerungen des nationalsozialen Redakteurs Martin Bend zu einem unserer Genossen sowie durch eine fests-gedruckte Angabe in der „Hess. Landeszeitg.“ ist angegeben worden, daß jene „Vorwärts“-Notiz durch Telegramm von sozialdemokratischer Seite an Herrn v. Gerlach gelangt ist. Diesem Punkte wird von hier- aus noch weiter nachgegangen werden. Vielleicht ist der „Vorwärts“ uns dabei behilflich!

Georg Härtling, Vertrauensmann.  
Dr. Ernst Theising.  
Dr. Robert Michels.

Die falsche Taktik der Marburger Genossen wird auch dadurch nicht richtiger, daß nun hilfsweise von „prinzipieller Bedeutung“ und von einem „opportunistischen Coup“ gesprochen wird. Die „prinzipielle“ Argumentation der Verteidiger des Beschlusses bewegt sich in einem höchst „opportunistischen“ Widerspruch. Man verteidigt die Stimmhaltung einerseits mit dem eigenartigen Grundsatze, daß man nicht dem ersten Nationalsozialen in den Reichstag habe helfen wollen, und zweitens zur Abwechslung mit der Meinung, daß ja die Wahl Gerlachs ohnedies aussichtslos gewesen sei.

Die Versung auf den Münchener Parteitag-Beschluß ist — wie wir schon zugegeben haben — formell berechtigt. Aber wer einermahnen die Geschichte der Partei kennt, weiß, daß ganz traditionell die besondere Stichwahlparole immer erst zwischen Haupt- und Stichwahlen ausgegeben wurde, und daß sie, im Mangel der Situation, häufig sich nicht mit dem früheren Beschluß völlig decken konnte. Die einzige Lehre, die man aus diesen allerdings unangenehmen Abweichungen ziehen muß, ist aber die, daß man auf solche festliegenden Beschlüsse, die nachher nicht gehalten werden können, künftig verzichtet.

Die Stichwahl-Taktik, die der „Vorwärts“ verfolgte, beruhte auf einer einheitlichen und einstimmigen Vereinbarung zwischen Partei-vorstand und Redaktion. Daher konnten auch die Mitglieder des Parteivorstandes, die um Rat gefragt wurden, keinen anderen Bescheid geben, als gemäß der „Vorwärts“-Haltung. Die Einsender teilen uns ja auch mit, daß Genosse Pfannkuch den Marburgern die Unterstüfung v. Gerlachs nahegelegt, also genau das gleiche Verbrechen begangen hat wie der „Vorwärts“. Damit fällt freilich unsere Vermutung, daß die Marburger Parteigenossen sich mit dem Parteivorstand nicht verständigt haben, sie haben seinem Rat nur nicht Folge geleistet. Weil wir aber gerade die Auffassung des Parteivorstandes kannten, mußten wir uns den ausschließlichen Angriffen der Marburger gegen den „Vorwärts“ allein die Meinung entnehmen, daß man sich mit der obersten Partei-Zustanz überhaupt nicht in Verbindung gesetzt habe.

Im übrigen begreifen wir die Anklagen der Marburger überhaupt nicht. Können sie nun unsere Stichwahl-Taktik als parteioffiziell oder als individuelle Neuerung eines Parteibüros betrachten, in beiden Fällen können sie uns nicht das Recht bestreiten, an dem Beschluß einer Partei-Organisation Kritik zu üben. Die Autonomie geht doch nicht so weit, daß jede Kritik der autonomen Eingebungen eine frevelhafte Annäherung ist. Daß unsere Einwendungen gegen den thüringischen Stimmhaltungsbeschluß auf die Masse der Marburger Parteigenossen Eindruck machten, beweist doch nur, daß sich der Verstand unserer Erwägung niemand entziehen konnte, im Grunde — so möchten wir meinen — auch nicht die Einsender.

Mit der Feststellung aber, daß unsre seit den Hauptwahlen feststehende Stichwahl-Taktik keine individuelle Privatmeinung darstellte — das entspräche auch schwerlich der Stellung des Centralorgans in solchen entscheidenden Momenten — werden nun endlich auch wohl jene dunklen, unverständlichen Andeutungen, als ob wir auf Veranlassung der Nationalsozialen jene Notiz veröffentlicht hätten, verschwinden.

Gründe für den Beschluß bringt auch die neueste Einfindung nicht — und indem wir nunmehr die leidige Angelegenheit als endgültig erledigt betrachtet haben — geben wir noch aus einer Zuschrift, die uns ein anderer Marburger Parteigenosse sendet, die folgenden Bemerkungen wieder:

... Bei der Hauptwahl erhielten in runden Ziffern Vader (Soz.) 1490, v. Gerlach (nat.-Soz.) 3000, v. Pappenheim (kons.) 4900, Zimmermann (Antif.) 2300, Baum (C.) 1890 Stimmen. Die sozialdemokratischen Stimmen hatten sich von rund 500 im Jahre 1898 verdreifacht. Während bei früheren Wahlen unsre Partei auf das Ergebnis der Wahl gänzlich einflußlos war, hatte sie in diesem Jahre zum erstenmal eine Stimmenzahl erlangt, welche in der Stichwahl stark ins Gewicht fiel. Diese erfreuliche Stimmenzunahme kam hauptsächlich daher, daß wir in der Person des Genossen Vader einen Kandidaten hatten, der einige Woche vor der Wahl den Wahlkreis unangeseht bearbeitet konnte und zudem, eine im ganzen Wahlkreis belannte Persönlichkeit war. Der aus der stärkeren Stimmenzahl sich ergebenden Verantwortlichkeit haben sich die Marburger Genossen — leider — nicht gewachsen gezeigt und jenen vom „Vorwärts“ mit Recht als falsch bezeichneten Beschluß auf Stimmhaltung gesetzt. Es entspricht nun nicht den tatsächlichen Verhältnissen, wenn Gen. Vader in seiner Zuschrift sagt, daß die Wahl des Agrariers nach dem Ausfall der Hauptwahl bei Freund und Feind ohnehin gesichert erschien. Die Wahl des Agrariers war nur bei Stimmhaltung der Sozialdemokratie sicher. Daß das Centrum für Gerlach einzutreten würde, war voranzusehen, da Gerlach sich für, der konservativen Wähler gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes erklärt hatte. Ebenso war vorauszusehen, daß die Antisemiten nicht geschlossen für den Wähler eintreten würden und nach obigen Ziffern genügt ein Abfall von ca. 200 Stimmen, um die Wahl des Agrariers zu bereitlein. Tatsächlich war dieser Abfall bedeutend stärker, während andererseits auch das Centrum nicht geschlossen für Gerlach stimmte.

Wie kam es nun, daß trotzdem die Marburger Genossen Stimmhaltung beschloßen? Zunächst infolge der Antipathie gegen die Nationalsozialen, die in dem Aussprüche gipfelte: weshalb sollen gerade wir, weshalb soll gerade der Marburger Wahlkreis dazu ausersehen sein, den ersten Nationalsozialen in den Reichstag zu senden und so einer Partei zum politischen Leben zu verhelfen, die uns nur hindernd für zukünftige Wahlen sein kann! Ferner kam unser Stimmenzuwachs hinzu; die 200prozentige Zunahme hatte derart gewirkt, daß viele Parteigenossen eine Eroberung des Wahlkreises in nicht zu großer Ferne glaubten. Dabei wäre jedoch Gerlach uns im Wege und der Wahlkreis sei den Konservativen leichter abzugewinnen als den Nationalsozialen. Zur Eroberung unsres rein ländlichen Wahlkreises dürfte aber noch mehr gehören, als die Weisung Gerlachs.

Schließlich kam noch hinzu die wohl ganz vereinzelt dastehende anständige Behandlung unsrer Partei durch die Konservativen und ihr Organ, die „Oberh. Zeitung“. Diese witterten mit Recht in Gerlach den Gegner, dessen Sieg eher zu befürchten sei, und während der Kampf zwischen Konservativen und Nationalsozialen in schärferer und zum Teil persönlicher und gehässiger Form geführt wurde, erfreuten wir uns einer derart anständigen Behandlung, die frapperen mußte. Bezweckt sollte dadurch werden, daß wir in der Stichwahl Wahlhaltung üben sollten, und beinahe wäre ja dieser Zweck erreicht, trotzdem der konservative Wähler einer der schlimmsten Vertreter der Proleten und der Radikalität war. Und nicht nur das: auch in Bezug auf das Wahlrecht hatte v. Pappenheim eine ausweichende Antwort gegeben und eine Ausweisung der „Volksverheer“ als wünschenswert bezeichnet.

Wenn unter diesen Umständen der Artikel des „Vorwärts“ wirklich das Wahleresultat beeinflusst haben sollte, so hat die Redaktion dafür kein Tadelvotum, sondern Anerkennung verdient; denn Stimmhaltung strifte ausgeführt, hätte zur Wahl des Agrariers geführt. Wesser wäre es, statt Vorwürfe zu richten gegen Redaktion und Parteigenossen wegen der Nichtbefolgung des Stimmhaltungsbeschlusses, das Verlechte dieses Beschlusses einzuräumen und nicht durch starres Festhalten an einer Stellungnahme, die auch

ohne den „Vorwärts“-Artikel kaum von einem Drittel der sozialdemokratischen Wähler befolgt worden wäre, unsere fernere Agitation zu erschweren.“

**Partei-Presse.** Der „Volkssfreund“, das Partei-Organ für die im Dresden lebenden ostfälischen Reichstags-Wahlkreise, hat in den letzten Jahren erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Das Blatt erschien bis 1900 dreimal wöchentlich, von da ab täglich; auch im Umfange ist es mehrfach vergrößert worden. Jetzt erscheint das Blatt zweimal achtseitig und viermal sechsheftig in der Woche. Der Abonnentenstand hat sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. 1898 betrug die Auflage 4300, bis Juli 1901 wurden 5800 Abonnenten, im August 1902 wurde unter erheblichen Schwankungen eine Leserschaft von 7000 erreicht. Nun ging es schnell vorwärts: Im Januar 1903 betrug die Leserschaft 7800, im April 9200, im Juni 9800 und im Juli wurde mit 11 200 zahlenden Abonnenten der Höchststand erreicht, der allem Anscheine nach im August noch eine weitere Steigerung erfahren wird.

## Aus Industrie und Handel.

**Amerikanische Urteile über die Lage des nordamerikanischen Eisenmarktes.** Die letzte hier eingetragene Nummer der „New Yorker Handelszeitung“ bringt verschiedene Äußerungen hervorragender Eisenindustrieller und Eisenhändler über die Aussichten des amerikanischen Eisenmarktes, die recht treffend illustrieren, wie stark sich — genau wie vor der letzten Krise in Deutschland — der Optimismus in den betreffenden Kreisen eingesetzt hat und jede nüchterne Betrachtung der eingetretenen Abflattung des Marktes hindert. So erklärte z. B. Herr Archer Brown von der Hoheisenfirma Rogers, Brown u. Co.: „Die gegenwärtige Stille im Eisenhandel hängt mit der Jahreszeit zusammen, und Juli und August sind regelmäßig flaute Monate. Auch die Arbeiter sind in dieser Zeit an eine Ruhepause gewöhnt. Deshalb ist die Weltung, der Hoheisenmarkt sei demoralisiert, gänzlich unbegründet. Auf alle Kontrakte finden fortwährend große Lieferungen statt, und auch an neuem Geschäft fehlt es nicht. Die Stahlsituation ist gesund, und solche Fabrikationszweige, welche viel Eisen konsumieren, wie die Fabrikation von Radiatoren, gußeisernen Röhren, Wohnausstattung, Maschinen usw., machen ein enormes Geschäft bei besten Aussichten für Andauer eines solchen.“

Im Bureau der Carnegie Steel Co. wurde berichtet, daß eine Reduktion der Stahlpreise nicht in Aussicht genommen sei. Allerdings komme gegenwärtig wenig neues Geschäft herein, aber das sei das Übliche zu dieser Jahreszeit. Wie in dem Berichte der Stahlkorporation angegeben, seien genügend Ordres an Hand, um einen ununterbrochenen Betrieb des Werkes während des übrigen Jahres zu sichern, selbst wenn keine neuen Ordres herinkommen. Für eine Ermäßigung der Stahlpreise liege somit keine Veranlassung vor.

Eine andre „Autorität“ der Eisen- und Stahlbranche hat sich wie folgt geäußert: Eine wesentliche Reduktion der Stahlpreise sieht für nächste Zeit kaum in Aussicht. Deshalb treffen die großen Stahlfabrikanten doch Vorbereitungen für eine stillere Zeit, wie sie zweifellos eintreten wird. Schon seit einem Jahre sind in ihrem Auftrage Leute mit dem Studium der Auslandssituation beschäftigt, um für Ausnützung derselben vorbereitet zu sein, wenn die Notwendigkeit sich zeigen sollte. Es sei jedoch nicht anzunehmen, daß schon im nächsten halben Jahre solche Notwendigkeit an sie herantreten wird.

Als Ergänzung sei folgender aus New York am 17. d. Mis. abgefaßter Bericht der „Frankf. Zeitung“ vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt hinzugefügt: „Die monatliche Hochwasser-Statistik weist eine bedeutende Zunahme in der Produktionsfähigkeit auf, und zwar für die Coals- und Anthracitöfen von 888 000 Tonnen auf 408 833 Tonnen pro Woche. Die Gesamtproduktion von Roheisen belief sich im Juni auf 1 717 000 Tonnen. Die Roheisen-Vorräte sind im Steigen begriffen, ein Beweis, daß der Konsum zurückgegangen ist, hauptsächlich eine Folge der vielfachen Streiks. Roheisen ist, obwohl ein wenig reger, immer noch unftig. Der Stahlmarkt ist ruhig und geht langsam zurück: die Produktion nimmt ab. An dem kanadischen Schienenmarkt wird hier bedeutendes Interesse genommen; deutsche Schienen werden dort zu 98 bis 98 f. o. b. Montreal angeboten. Die Association der Platten- und Trägerfabrikanten hat eine Versammlung abgehalten, ohne indes eine Veränderung in den Preisen vorzunehmen. Der Handel in fertigem Stahl und Eisenmaterial ist in der letzten Zeit ziemlich unbedeutend gewesen.“

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Für die Glaser tritt am 1. August nach den im vorigen Jahre zwischen den Arbeiter- und Unternehmer-Organisationen getroffenen Vereinbarungen im Berliner Lohngelände der neue Tarif in Kraft. In der stark besuchten Versammlung, die am Montag im Gewerkschaftshause tagte, wurde berichtet, daß verschiedene Firmen auf die Vorstellung der Arbeiter bereits erklärt haben, vom Sonnabend ab den erhöhten Lohnsatz zu bezahlen, einige Unternehmer aber anscheinend versuchen wollen, die unterzeichneten anerkannten Abmachungen illusorisch zu machen. Für die Durchführung der Vereinbarungen hat eine aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammengesetzte Schlichtungskommission zu sorgen. Im übrigen ist bei den Arbeitern der Wille vorhanden, dem Tarif mit aller Energie allgemeine Anerkennung zu verschaffen und sind hierzu von der Organisation die eventuell notwendigen Mittel zugesichert.

Am Sonntagmittag findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses wieder eine Versammlung statt, in der über das Ergebnis am Sonnabend berichtet und die weiter zu treffenden Maßnahmen beschlossen werden sollen.

Die Hiesener Arbeiter stellten am Montag in einer Versammlung bei Watt, Dragonerstraße, einen neuen Lohnsatz auf, der in aller Kürze zur Durchführung kommen soll. Folgende Hauptpunkte sind daraus hervorzuheben: 1. Der Minimalstundenlohn beträgt 80 Pf. (gegenwärtig 70 Pf.). 2. Die tägliche Arbeitszeit beträgt neun Stunden, von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit den üblichen Pausen. 3. Sonnabends eine Stunde früher Feierabend und muß der Lohn abends 5 Uhr in den Händen der Arbeiter sein; an den hohen Festtagen drei Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug. 4. Bei Arbeiten außerhalb des Vorortbereichs wird außer Fahrgeleitvergütung noch ein Extrabetrag von 3 M. pro Tag bezahlt; falls Kost und Logis gewährt wird, 75 Pf. weniger. 5. Für Ueberstunden, die möglichst zu vermeiden sind, bis abends 9 Uhr ein Zuschlag von 25 Prozent; Nacharbeiten, von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, sowie Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag. 6. Accord wird nicht gearbei und darf im Fall der Weigerung der Arbeiter nicht entlassen werden. Auf jeder Baustelle ein verlässlicher Mann zur Aufbewahrung der Kleider und des Handwerkszeugs; wo solcher nicht vorhanden, lastet der Arbeitgeber für die etwa gestohlenen Sachen. 7. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, zur Vermeidung von Streiks und Auspörungen wird eine Kommission von je vier Arbeitern und Arbeitgebern unter Vorsitz eines Gewerkschafters gebildet. 8. Arbeitsordnungen dürfen Bestimmungen, welche diesem Vergleich entgegenstehen, nicht enthalten. 9. Dieser Vergleich gilt bis zum 1. März 1904 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn nicht vier Wochen vor Ablauf eine Kündigung erfolgt. Von der jüngeren, kleineren Organisation, der „Freien Vereinigung der Hiesener“, gab der anwesende Vorsitzende (Mitt) die Erklärung ab, daß die Arbeiter dieser Korporation bei gesperrten Firmen keine Arbeiten übernehmen, ihren Kollegen der andern Organisation nicht in den Rücken fallen würden. Dagegen wird hervorgehoben, daß seitens des Verbandes der Arbeitgeber der Hiesener Berlin und Umgegend“ erklärt worden sei, daß sobald seitens der Arbeitnehmer eine Firma gesperrt werde, sämt-

liche Berliner Hiesener ausgesperrt würden. In der Diskussion wird weiter hervorgehoben, daß die Konjunktur im Hiesenergewerbe außerordentlich günstig sei, wie seit Jahren nicht und u. a. angeführt, daß die Firma „Kohlenfeld u. Co., Rohrenstraße 11/12, königl. Hoflieferanten“, die 60 bis 70 Arbeiter beschäftige, noch 20 Arbeiter suche, aber nicht finde; ebenso wurden nach außerhalb, z. B. im Ruhrgebiet, noch massenhaft Hiesener erst kürzlich aus Berlin verlangt, dem nicht habe stattgegeben werden können, da es arbeitslose Hiesener hier in Berlin überhaupt nicht gebe.

Schließlich wird die Lohnkommission beauftragt, den Tarif nach dem Schluß der Versammlung (Mittwoch) zur Post zu befördern, damit jeder Unternehmer am Dienstag früh im Besitze eines solchen sei. Fällt die Antwort der Unternehmer ablehnend aus, so ist zunächst ein partieller Streik in Aussicht genommen, derart, daß nach und nach immer gegen einzelne Firmen vorgegangen wird. In dem Begleitschreiben heißt es u. a.: „Es haben sich seit Jahren so viel Mißstände in unserem Beruf eingeschlichen, daß eine Korrektur dringend erforderlich ist. . . . Es ist vor zwei Jahren ein Tarif mit der „Freien Vereinigung“ abgeschlossen. Der damals die Ereignisse aufmerksam und nicht voreingenommen verfolgt hat, wird, soweit es sich um die Abmachung handelt, zugeben müssen, daß der größte Prozentsatz der Hiesener Berlin und Umgegend nicht zu Gehör gekommen ist und daß die jetzigen Erscheinungen die natürlichen Konsequenzen sind von der Nichtgleichberechtigung. Nun ist aber die „Freie Vereinigung“ auch gar nicht in der Lage, die auf ihr ruhende Verpflichtung zur Durchführung zu bringen und den Mißständen zu steuern. . . .“

Zur gedeihlichen Entwicklung eines friedlichen Arbeitsverhältnisses und ohne den einen oder anderen Teil zu verletzigen, stellen wir folgende Forderungen: 1. Unsere Anerkennung vor dem Einigungsamt, als der größten Korporation der Hiesener Berlin und Umgegend. 2. In eine Verhandlung behufs Schaffung eines Tarifs wie der anliegende zu treten. 3. Antwort wird bis Freitag 7 Uhr abends erwartet, da an diesem Tage abends eine öffentliche Versammlung stattfindet.

Der Streik bei der Firma Mehlisch, Sophienstraße, wurde gestern laut Beschluß der Ausständigen für beendet erklärt. Sämtliche Streikende waren der Meinung, daß nach wochenlangem Ausdauern eine Weiterführung des Streiks dank der schätzbaren Haltung der Hiesener-Durchführer nunmehr zwecklos sei.

### Deutsches Reich.

Die Klemmer und Inflationen von Straßburg i. E. stehen zur Zeit in Lohnbewegung. Da die Meister außerhalb Arbeitskräfte suchen, ist Jagung von Straßburg fernzuhalten. — Alle arbeitervriendlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Sociales.

### Die Bergbehörde kümmert sich nicht darum.

Man schreibt uns aus dem Ruhrrevier: Verschiedene Maßnahmen der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer, und zwar vornehmlich solche aus den letzten Wochen, haben bei den Bergarbeitern bezw. bei sehr große Erregung hervorgerufen. Zunächst ist das Strafwesen direkt zu einem Unwesen geworden, daß es toller kaum noch werden kann. Zu diesem Unwesen gehört auch das Wagnen von Kullern wegen nicht reiner Kohle oder wegen nicht genügender Füllung der Wagen. Die Bergarbeiter haben über die Praxis des Kullens gar keine Kontrolle, und hört man fast allgemein die Ansicht, das Kullern wird in einem bestimmten Verhältnis zur Fördermenge systematisch angeordnet, um auf solche Weise neben den direkten Abzügen noch eine Extra-Reduktion der Löhne herbeizuführen. Die Bergarbeiter verlangen nun, daß das Kullern der Wagen unter ihre eigene Kontrolle gestellt wird. Haben die Werksbesitzer keinen Grund, diese Kontrolle zu scheuen, dann wird man die Forderung der Arbeiter nicht ablehnen können, um so weniger, weil die Kosten der Kontrolle von den Arbeitern getragen werden. Ein weiterer Grund der Unzufriedenheit sind die direkt nach der Wahl vorgenommenen Maßregelungen, die in einzelnen Fällen den Betroffenen in aller Offenheit als Strafe für den Sieg der Sozialdemokratie signiert wurden.

Was aber geradezu aufreißend wirken mußte, ist der Umstand, daß gleichzeitig mit der Bormahme der Kündigungen bekannt wurde, daß in Unternehmerrblättern über Arbeitermangel geklagt und Import von Arbeitern aus dem Osten bewerkstelligt wurde. Hier warf man Arbeiter aufs Pflaster und fremde Leute sollten herangeholt werden! Weiter verläuteten die Werksblätter, daß in den letzten Tagen der vergangenen Woche die höchsten jemals zu verzeichnenden Verdandssiffern erzielt worden seien — und am Montag legte man auf verschiedenen Gruben Feierschichten ein wegen Mangel an Absatz! — — — Dazu bildet die Art der Behandlung der Wurmkrankheit fortgesetzt die Quelle zur Erregung größter Unzufriedenheit der Arbeiter. Zuerst hat man den Klagen der von der Wurmkrankheit Bedrohten ein NichtHören oder ein NichtHörenwollen entgegengesetzt. Nun ist das Unheil ins Riesengroße gewachsen, wurde doch sogar der angebl. Arbeitermangel auf die große Zahl der Wurmkranken zurückgeführt. Nachdem die Seuche den schrecklichen Umfang angenommen hat, trifft man Maßnahmen — angeblich zur Bekämpfung der Seuche —, die geradezu empörend genannt werden müssen. Daß die unheimliche Ausbreitung der Seuche der Arbeit der verantwortlichen Organe zu danken ist, sieht außer allem Zweifel. Seit vielen Jahren wurde ärztlichseits strengste Untersuchung der speziell aus Oestreich-Ungarn importierten Arbeiter verlangt, vor kurzem wurde von den maßgebenden Personen zugegeben, — die Untersuchung sei mangelhaft! Die Alarmierung seitens des Anaptschaftsorgans veranlaßte den Erlass einer diesbezüglichen Berg-Polizeiverordnung; nach zwei Jahren konnte konstatiert werden, daß die Verordnungen zum Teil noch nicht Beachtung gefunden hatten; vielfach waren die geforderten und vorgeschriebenen Einrichtungen nicht einmal eingeführt. Die Arbeiter zu beschuldigen, sie hätten die Seuche eingeschleppt, wird selbst seinem Unternehmertum einfallen — alle Schuld trifft die Unternehmer. Nun, da das Unheil sich nicht mehr verbergen läßt, schlagen die Unternehmer eine andre Taktik ein. Die Seuche soll bekämpft werden — rätschlos, auf Kosten der Arbeiter! — — —

Zunächst traf man die Anordnung, daß kein Arbeiter angestellt werden dürfe — auch nicht beim Wechsel der Arbeit von einer Zeche zur andern —, wenn er nicht auf eigene Kosten ein ärztliches Attest über Wurmfreiheit beibringe. Diese Maßnahme wirkt wie ein Verbot der Freizügigkeit. Aber es kam noch toller, man griff zu einer Praxis, die ungewöhnlich zeigt, daß die Vergewaltigung als Objekt der Wehrverpflichtung betrachtet werden. Die Natur wurde korrigiert! Da die Arbeiter nicht auf Kommando Rot abgeben können, hat man ein Instrument angefertigt, mittels welchem den Leuten zu jeder beliebigen Zeit Rot entnommen werden kann, gerade so wie man einer phlebologischen Waage Proben entnimmt. Werden Würmer gefunden, stekt man die Leute ins Krankenhaus — und bezahlt ihnen keinen Lohn, erst vom vierten Tage an giebt es Krankengeld. Da einzelne Leute auf solche Weise zwei-, drei- und noch mehr mal kurirt werden, bedeutet das für dieselben eine erhebliche wirtschaftliche Schädigung. Ist schon die gewaltsame Rotentnahme — die, wie uns versichert wird, sehr schmerzhaft ist —, ein sehr starker Eingriff in die persönliche Freiheit, so ist doch bei armen Familienvätern die wirtschaftliche Schädigung mehr noch das Maß der Unzufriedenheit. Verschiedentlich haben die Betroffenen auch schon versucht, sich solcher Art der Wurmbehandlung zu widersetzen, die Drohung, eventuell für immer von der Bergarbeit ausgeschlossen zu werden, brachte die Leute zur Duldung der Gewaltmaßregeln.

Die Empörung über alle diese Zustände greift natürlich immer weiter um sich. Nun verlaute in den letzten Tagen, die Bergbehörde habe die Revierbeamten angewiesen, sich über die Ursachen der Unzufriedenheit und deren Verdrückung eingehend zu informieren. Solche Anordnung, von welcher man nach den gemachten Erfahrungen auch noch nicht viel erwarten dürfte, hätte man immer-

hin als verständlich betrachten können und hätte dieselbe auch wohl dem weiteren Umsichgreifen der Unzufriedenheit entgegenwirken können.

Die Bergbehörde läßt aber nun bekannt werden, wie Amtsblätter berichten, daß sie die angeführte Anweisung nicht gegeben hat, und damit die diesbezüglichen Erörterungen hinfällig sind.

Man könnte sich verstimmt fühlen, anzunehmen, daß alles darauf angelegt ist, die Unzufriedenheit der Arbeiter bis zum Ueberfließen zu schüren. Dafür werden diejenigen, welche die Thatfachen konstatieren, Heher und Aufwiegliser genannt.

Den kommenden Ereignissen entgegengehend, ist es gut, die Thatfachen festzuhalten, man wird dann später nicht sagen können, die Arbeiter hätten Forderungen nicht gestellt, von Unzufriedenheit sei nichts bekannt gewesen, mit solchen Ausflüchten ja auch nach dem Hiesenerstreik 1899/00 operiert wurde.

### Die Wohnungsfrage in München.

München, den 27. Juli. (Eig. Ber.) Die von der Stadt München veranstaltete Probe-Wohnungsfrage, die wahrhaft erschreckende Resultate ergab, veranlaßte auch die Staatsregierung, die Stadtverwaltung zu einem sofortigen Einschreiten gegen die erheblichen Mißstände aufzufordern. Zugleich wird in dem heute veröffentlichten Erlass auch die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß in nächster Zeit eine allgemeine gründliche Wohnungsberhebung in München vorgenommen wird.

Diese Regierungsentschließung ist solange nur von problematischem Wert, als nicht zugleich auch für die Arbeiter für menschenwürdige, gesunde Wohnungen zu erschwingbaren Preisen gesorgt wird. Eine solche Wohnungspolitik erfordert jedoch umfassende gesetzgeberische Maßnahmen, denen die bayerische Regierung mit Rücksicht auf die Heiligkeit des Eigentums bisher schon aus dem Wege ging. Aber immerhin ist es erfreulich, daß der in ihrer großen Mehrheit von bürgerlich-kapitalistischen Interessen geleiteten Stadtverwaltung nunmehr auch von der Regierung beauftragt wird, was ihre die sozialdemokratischen Gemeindevertreter schon seit Jahren gepredigt haben. Und der zähen Energie der Sozialdemokraten im Rathause ist es auch zu verdanken, wenn die Sache endlich einmal in Fluß gekommen ist.

## Sociale Rechtspflege.

Leistenbruch als Folge eines Betriebsunfalles. Der Grubenmaurer R. war bei einer schweren Arbeit im Steinkohlenbergwerk zu Adolphshütte ausgegittert, so daß die Leistengänge gerichtet wurde. Er trug einen Leistenbruch davon. Dieser wurde jedoch noch nicht bei der Aufnahme R. in das Lazarett festgestellt. Der Anaptschaftsarzt erstattete nur eine gewöhnliche Dehnung der Leistengänge für vorliegend und ließ sich später, als R. eine Rente von der Anaptschafts-Versicherungsgesellschaft verlangte, bezüglich des jetzt auch vom Anaptschaftsarzt Dr. Hartmann nicht gelegneten Leistensbruchs dahin aus, daß jene „Dehnung“ nur die allmähliche Ausbildung des Leistenbruchs ermöglicht habe. Die Versicherungsgesellschaft lehnte mit Rücksicht darauf den Rentenanspruch R. ab, worauf der Verletzte Berufung einlegte. — Das Schiedsgericht Appeln verurteilte denn auch die Versicherungsgesellschaft, R. eine zehnprozentige Unfallrente zu gewähren. Das Schiedsgericht berief sich auf ein Gutachten des Dr. Gutsch, monach der Leistenbruch nicht erst allmählich bei der Arbeit entstanden, sondern eine direkte Folge des Unfalls sein müsse. R. habe sofort Schmerzen im Bauch gehabt, und zu einem Wege, den man in zwanzig Minuten zurücklegen könne, zwei Stunden gebraucht. — Die Versicherungsgesellschaft legte Rekurs beim Reichs-Versicherungsamte ein und verlangte die Verdrückung der Anaptschafts-Versicherungsgesellschaft Dr. Hartmann. Danach stände fest, daß der Austritt des Bruches nicht unmittelbar nach dem Unfall erfolgt sei, sondern viel später bei der Arbeit, und daß er nicht als unmittelbare, entschuldigungsplichtige Unfallfolge angesehen werden könne. Alsobald nach dem Unfall seien nur die Wundspalten „weit“ befunden worden. Das Reichs-Versicherungsamte folgte aber dem Antrage des Arbeiterssekretärs R. Schmidt und wies den Rekurs der Versicherungsgesellschaft als unbegründet zurück.

## Aus dem Vatikan.

### Der Kampf der Kardinele um den päpstlichen Stuhl.

Aus Rom wird dem „New York Herald“ telegraphiert, daß die liberalen Kardinele unter dem Einflusse des amerikanischen Kardinals Gibbons den Kardinal Richard unterstützen, um Rampolla Kandidatur zu bekämpfen, der alle Elemente des Kardinalkollegiums gegen sich hat, die der päpstlichen Politik eine neue Richtung geben möchten. Gibbons streitet energisch für die Wahl Serafino Vannutelli. Vannutelli würde, wenn er zur Wahl gelangt, das durch Pius IX. und Leo XIII. für die italienischen Katholiken aufrecht erhaltene Wahlverbot Ni electori ni electi aufheben und Beziehungen zum Quirinal anbahnen. Da aber die Mehrheit der Kardinele die traditionell feindliche Politik gegen das italienische Königshaus nicht aufgeben will, ist Vannutellis Wahl unwahrscheinlich. Gattis Kandidatur scheint aufgegeben zu sein.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Autoritative Blätter haben mehrfach behauptet, daß Deutschland seinen Einfluß dahin verwerde, die Wahl des Kardinals Rampolla zum Papste zu verhindern. Neuerdings hat auch Kardinal Rava, Erzbischof von Catania, der die Wahl Rampollas empfiehlt, sein Verstreben darüber ausgesprochen, daß Rampolla von Berlin aus bekämpft werde, während man doch für die Politik des verstorbenen Papstes, mit deren Durchführung der Name Rampollas aufs engste verbunden sei, nur Worte der Anerkennung habe. Diese Voraussetzungen über die Thätigkeit Deutschlands bei der Papstwahl beruhen auf ganz falschen Annahmen, denn auf deutscher Seite ist man fest entschlossen, keinen Einfluß auf die deutschen oder andern Kardinele auszuüben, keinen Kandidaten, wer es auch sei, zu bekämpfen oder zu fördern. Das gilt selbstverständlich ebenso für Rampolla, wie für jeden andern Kardinal, der als Bewerber um die päpstliche Tiara aufgestellt werden könnte.

### Die französische Regierung betet für den Papst.

In Notre Dame wurde heute vom Kardinal Lorenzelli ein feierlicher Trauergottesdienst für den Papst abgehalten, Präsident Loubet, Ministerpräsident Combes und mehrere Minister hatten Vertreter zur Teilnahme gesandt. Unter den Anwesenden befanden sich Delcassé, Kriegsminister André, Frau Loubet, die Mitglieder des diplomatischen Korps, Deputierte, Senatoren und Vertreter von Vereinen. Vor der Kirche hatten sich trotz des Regens einige Reuigerie eingefunden; eine Person, die Schmäufse auf die Weisheit ausstieß, wurde verhaftet.

Als der Kriegsminister General André nach Beendigung des Trauergottesdienstes aus der Kirche trat, erlöste aus der Menge ein Pfiff. Der Manifestant, Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes, wurde sofort verhaftet.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 28. Juli. (V. G.) Beim Abbruch eines Hauses in der Pillnitzerstraße fand man unter dem Aufräumungsschutt einen menschlichen Schädel und Teile eines Skeletts. Der Schädel wies Verletzungen auf, welche darauf schließen lassen, daß der Betreffende das Opfer eines Verbrechens geworden ist. Die Staatsanwaltschaft stellt fest, daß vor 20 Jahren ein Einwohner dieses Hauses spurlos verschwand. Seine Frau lebt noch heute.

München, 28. Juli. (V. G.) Bei der heutigen Landtagsberatung wurde für den zum Professor beförderten Landtagsabgeordneten Sidenberger (Chr.) der Quappzollamt-Kontrollleur Ludwig Giesel (Chr.) mit 179 von 221 Stimmen gewählt.

Konstantinopel, 28. Juli. (V. G.) Marshall Reihel Pascha ist verhaftet worden, weil derselbe an seinen in Deutschland zur Ausbildung weilenden Sohn einen Brief gerichtet hat, in welchem vom Umsturz der jetzigen Regierung die Rede ist.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteilgenossen Berlins und der Provinz Brandenburg.

Die diesjährige Provinzial-Konferenz findet am Sonntag, den 6. September, in Berlin, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, statt.

Die einzelnen Kreise Berlins und der Provinz werden gebeten, umgehend Partei-Versammlungen resp. Kreis-Konferenzen zu berufen zwecks Stellungnahme und Wahl von Delegierten.

Mit Parteigrüß

Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

Nieder-Schöneweide. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Wahlverein am Mittwoch, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Karl Spichale, gen. „Drachensfels“, Berlinerstraße 17d, eine Vereinsversammlung abhält.

Lokales.

Die prahlende Socialdemokratie.

Den Hinweis auf die Wichtigkeit der zum Herbst wieder bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, den wir am Sonntag gaben, begleitet die „Freisinnige Zeitung“ mit folgender Notiz:

„Für die Berliner Stadtverordnetenwahlen zu agitieren, ermahnt er „Vorwärts“ seine Gefinnungsgenossen. Prahlernd schreibt das Blatt: „Die Socialdemokratie hat in der Stadtverordneten-Versammlung seit zwei Jahren 28 Sätze inne.“

Die „Freisinnige Zeitung“ nennt es also Prahlererei, wenn jemand erklärt, daß er vom Ziel noch eine tüchtige Wegstrecke entfernt ist. Dem dahies und nichts anderes die Absicht unserer Ausführung war, das geht doch nicht nur aus dem Zusammenhang des Artikels hervor, sondern selbst noch aus den drei Sätzen, die das Blatt des Herrn Eugen Richter mit schlauser Berechnung herausgegriffen hat.

Unwillkürlich fällt einem hierbei ein, daß das führende Organ des Richterschen Freisinn nach der Niederlage, die die um Richter bei den diesjährigen Reichstagswahlen erlitten haben, allerdings nicht den Standpunkt vertreten hat, der Freisinn könne noch sehr viel mehr Sätze brauchen. Herr Eugen Richter und seine Getreuen sind mit der Zeit so bescheiden geworden, daß sie auch noch groß dazustehen glauben werden, wenn sie über noch sehr viel weniger Sätze im Reichstage verfügen werden.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist ja der Freisinn, dank den Schönheiten des heutigen Gemeindevorstandes mit seiner Gruppierung der Wähler nach dem Besitz, vorläufig noch davor gesichert, eines Tages gänzlich zu verschwinden. Aber daß es in absehbarer Zeit der Socialdemokratie gelingen wird, wenigstens aus der dritten Abteilung den letzten Vertreter des Freisinn hinauszuwerfen, das weiß selbstverständlich auch die „Freisinnige Zeitung“.

Uebrigens läßt gerade die Notiz, mit der das Richtersche Blatt unsere Mahnung zu zeitiger Wüstung glossiert, deutlich genug erkennen, daß die Führer des Berliner Freisinn mit banger Sorge um die Stadtverordneten-Wahlen denken. Diese Notiz bereitet schon jetzt auf jenes kindische Spiel vor, an dem der bescheidene Freisinn und seine Presse noch allemal sich vergnügt und getröstet haben, wenn die „prahlende“ Socialdemokratie neue Wahlsiege errungen hatte — auf die drohliche Wetterschwärzung, daß die Socialdemokraten trotz ihres neuen Erfolges eigentlich doch unterlegen seien, da sie ja einen viel größeren Erfolg erwartet und schon im voraus damit geprahlt hätten.

Wir empfehlen unsere Lesern und Genossen, sich die drei Sätze genau zu merken, die die „Freisinnige Zeitung“ als Probe socialdemokratischer Prahlererei mitgeteilt hat. Man wird staunen, welche Wandlungen ihr Wortlaut in den nächsten drei Monaten in der freisinnigen Presse wie in den Wählerversammlungen des Freisinn durchmachen wird. Nach den Wahlen wird man wahrscheinlich höflich, die Socialdemokratie habe „schon diesmal“ alle 48 Sätze der dritten Abteilung zu erobern gehofft — obwohl nur ein Drittel dieser 48 neu zu befehen war.

Die Landtagswahlen in Berlin. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, für die bevorstehenden Landtagswahlen in Berlin 1201 Urwahlbezirke zu bilden, in denen jeweils 6 Wahlmänner zu wählen sind. Nur in einigen der Urwahlbezirke wird die Wahl von 3 bis 5 Wahlmännern in Frage kommen. Der Magistrat ist wie in früheren Jahren von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Bildung der Urwahlbezirke innerhalb der Stadtbezirke erfolgt, so daß, da etwa 350 Stadtbezirke bestehen, 3 bis 4 Urwahlbezirke auf jeden einzelnen Stadtbezirk kommen werden. Der Tag der Wahl der Abgeordneten und der Wahlmänner wird noch vom Minister bestimmt werden. Voraussichtlich wird der Magistrat den Beginn der Wahl auf 5 Uhr nachmittags festsetzen, auch vermutlich den Parteien eine beschränkte Zahl von Wahltableaus nach ihrer Fertigstellung zur Verfügung stellen.

Die Sterblichkeit ist in Berlin in dem ersten Halbjahre 1903 an sich etwas größer gewesen, als in demselben Zeitraum des vorhergehenden Jahres. Es sind hier aus den Monaten Januar bis Juni diesmal 15 879 Sterbefälle (ohne die Totgeburt) gemeldet worden, während aus demselben sechs Monaten des Vorjahres nur 15 811 Sterbefälle (ohne die Totgeburt) zur Meldung gekommen waren. Der Unterschied ist nicht erheblich. Er verschwindet sogar ganz, wenn den Sterbefällen die Totgeburt hinzugefügt werden. Die Zahl der Totgeburt ist nämlich in diesem Jahre bisher geringer gewesen als im vorigen, was allerdings in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die im vorigen Jahre in Berlin wieder eingetretene Verminderung der Geburten überhaupt in dem laufenden Jahre bisher noch fortgedauert hat. Aus dem ersten Halbjahre 1903 wurden nur 878 Kinder als totgeboren gemeldet, während aus demselben Zeitraum des Vorjahres 947 Totgeburtmeldungen vorlagen. Hiernach ist die Zahl der Sterbefälle samt Totgeburt für die erste Hälfte beider Jahre fast völlig gleich. Für 1902 betrug sie (mit den Nachmeldungen) 16 768, für 1903 beträgt sie (ohne die etwa noch einlaufenden Nachmeldungen) 16 767. Gegenüber der Bevölkerungsziffer,

die ja in Berlin von 1902 zu 1903 nicht unwesentlich gestiegen ist, würden diese Zahlen vorläufig sogar eine Verminderung der Sterblichkeit bedeuten. Doch muß in dieser Hinsicht erst abgewartet werden, was das zweite Halbjahr noch bringen wird.

Die Verkehrsbestimmungen für die Hochbahn fordern nicht nur die Kritik, sondern auch die Fahrgäste heraus. Jede, auch die durch Ueberfüllung der Wagenabteile und Unachtsamkeit der Beamten verursachte Uebertretung dieser am gelben Tisch gemachten Bestimmungen, wird bestraft. Jeder, der die Hochbahn benützt, setzt sich dieser Bestrafung aus. Dem Schreiber dieses ist es passiert, daß er am Zoologischen Garten statt der geforderten acht Fahrkarten III. Klasse nach dem Halleschen Thore solche II. Klasse nach dem Potsdamer Bahnhof erhielt. Auf dem Bahnsteige, noch vor Eintritt der Fahrt, wurde ein Beamter hierauf aufmerksam gemacht. Der Beamte gestattete die Fahrt in 3. Klasse nach dem Halleschen Thore. Beim Verlassen des Bahnsteiges machten die Kontrollbeamten natürlich Schwierigkeiten, weil acht Personen zwei Stationen zu weit gefahren waren. 24 Mark Strafe waren fällig, da der betreffende Beamte, der die Fahrt gestattet hatte, nicht dazu berechtigt gewesen war. Da die Bahn nicht geschädigt worden war, ist die Hinterlegung der Strafe betweigert worden. Meinen Kindern, die regelmäßig zweimal wöchentlich die Hochbahn benutzen müssen, ist es schon verschiedene Male passiert, daß sie wegen Ueberfüllung der Wagen das Absteigen nicht rechtzeitig verlassen konnten. Erst am der nächsten Haltestelle war ihnen dies möglich; die Strafe von 9 Mark für die 3 Kinder ist nicht verlangt worden, weil die Fahrkarten bis zu dieser Station Gültigkeit hatten, andernfalls hätte ich dafür, daß die Kinder eingepfercht worden waren, nicht hinaus kommen und einen weiteren Weg zurücklegen müßten, auch den Beginn des Musikunterrichts versäumen, noch obendrein 9 Mark Strafe zahlen müssen. In diesen Fällen wäre es angebracht gewesen, die Hochbahn-Gesellschaft in Strafe zu nehmen. Die Gesellschaft sollte, statt solche Bestimmungen zu erlassen, darauf Bedacht nehmen, diese und andre Uebelstände abzustellen, dann wäre der Gesellschaft und dem Publikum gedient. Mit den Verkehrsbestimmungen ist niemand gedient, sie führen nur zu Streitigkeiten und verleiden dem Publikum oft die Benutzung der Bahn.

Ein zugereister Schuhmacher hat am Sonntagnachmittag auf dem Wege vom Schlesischen Bahnhof zum Friedrichshain sein Werkzeug in einer Wirtshaus zur Aufbewahrung zurückgelassen. Da er mit den Verhältnissen hier nicht genügend bekannt ist, kam er das betreffende Lokal nicht wiederfinden und bittet deshalb, man möge ihm die Adresse deselben an K. A. D. E. r. t. nach der Herberge Koppensstraße 5 mitteilen.

Fast täglich werden sechs Unfälle gemeldet, die durch das Besteigen resp. Verlassen bei in der Fahrt befindlicher Straßenbahnwagen hervorgerufen werden. Gestern Abend verunglückte der Kaufmann Legenbusch, Stargarderstr. 74 wohnhaft, als er den Versuch machte, vor dem Hause Kastanien-Allee 6, die Hinterplattform des in voller Fahrt befindlichen Motortragwagens 2303 der Straßenbahnlinie 51 zu besteigen. Er glitt von dem Treppchen ab und stürzte so unglücklich, daß er eine klaffende Wunde am Hinterkopf und innere Verletzungen davontrug. Er erhielt auf der Unfallstation in der Kastanien-Allee die erste Hilfe.

Eifersucht. Der 40 Jahre alte Maler Hochbaum aus der Jossenerstraße 52 strich vor einiger Zeit bei einer Hausbesitzerin in der Adalbertstraße die Fußböden und verkehrte später freundschaftlich mit ihr. Seitdem verfolgte ihn seine 55jährige Ehefrau, die mit ihm seit zwei Jahren in zweiter Ehe lebte, mit ihrer Eifersucht. Da sie ihm oft heftige Ausfälle machte, so kam er in der letzten Zeit drei Nächte nicht nach Hause. Gestern Morgen fanden Nachbarinnen die Frau als Leiche auf; sie hatte sich in der Nacht am Weisposten erhängt.

Unter überaus tragischen Umständen fand am Sonnabendabend auf Station Kaulsdorf ein Eisenbahnarbeiter seinen jähen Tod. Auf diesem Bahnhof sind bei den Erweiterungsarbeiten zahlreiche Arbeiter beschäftigt, die nicht zu den ständigen Streckenarbeitern zählen. Eben schlug die Dampflok sechs, die Feierabendstunde. Der Schichtmeister setzte seine Pfeife an den Mund und gab damit das Zeichen, die Arbeiter ruhen zu lassen. Dieses Moments bereits gewärtig, sprangen die Arbeiter hurtig zu ihren Sachen, um damit den Bahnsteig zu gewinnen, denn eben fuhr der von Berlin kommende Vorortzug ein, mit welchem viele nach Hause fahren wollten und mit diesem Zuge nicht mitzukommen, bedeutete eine verlorene Stunde, denn der nächste Zug war erst 63 Minuten später fällig. Auch der Arbeiter W. u. s. s. aus Tachdorf wollte mit. Er hatte erst einen Stiefel an, als der Zug in den Bahnhof einfuhr, deshalb nahm er seine Frauagetasche in die linke, den ledigen Stiefel in die rechte Hand und häpfte mit einem unbedachten Fuße über das Einfahrtsgelände dem Bahnsteig zu. Er hatte aber die Kasse des Zuges unterschätzt. Zwar fuhr derselbe bereits in stark gemäßigtem Tempo, aber ein Puffer faßte den Arbeiter doch, gab ihm einen Stoß, daß er weit voraus auf das Geleise flog und dann rannte ihm die Maschine den Schädel ein, während ein Rad ihm die rechte Hand glatt vom Arme trennte. Als man den Unglücklichen unter der Maschine herborzog, neben das Geleise legte und seinen Kopf auf einen Stein bettete, fiel das Gehirn aus dem Schädel. Die rechte Hand, die neben dem Geleise lag, hielt noch krampfhaft den einen Stiefel fest. Der Körper selbst hat nicht mehr gequert. Während der Leiche nach der Kaulsdorfer Leichenhalle gebracht wurde, harter dabei ahnungslos eine Frau mit sechs kleinen Kindern auf die Heimkehr des Vaters und Ernährers, der ein fleißiger Arbeiter war und in der Sorge für seine Familie aufging.

Feuerbericht. Ein großer Kellerbrand beschäftigte gestern die Feuerwehr längere Zeit in der Insterburgerstr. 15. Dort standen bei Ankunft der Löschzüge der Inhalt von Kellerverchlängen, die Schadloshaus und andres in Flammen. Die Dualmentzündung war so groß, daß es fast unmöglich war, in den Keller einzudringen. Auch das Gebäude war verqualmt. Es mußte mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben werden, um das Feuer zu löschen. In der letzten Nacht brach in der Krausstraße 13 Feuer aus. Dort standen Bodenverchlängen und der Dachstuhl in Flammen. Es gelang diese auf den Dachstuhl zu beschränken. Außerdem hatte die Feuerwehr noch in der Kaiser Wilhelmstraße 48, wo ein Wohnzimmer brannte, in der Ratiborsstraße 2 mit einem Küchenbrande, auf dem Moabitier Güterbahnhofe mit einem Pfeiflohlenbrande usw. zu thun.

Aus den Nachbarorten.

Bodenwerte in Charlottenburg.

In der Erkenntnis, daß sich in dem Bodenwert eines Gemeindegebietes häufig die Entwicklung der Stadt spiegelt, und daß der Bodenwert wichtig ist für die Verteilung des Baumarktes, des Wohnungsmarktes sowie für die Wohnungsfrage überhaupt, hat das Statistische Amt der Stadt Charlottenburg diesen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Zu Grunde gelegt wurde hierbei das aus der Veranlagung für die Vesteuerung (Grundsteuer nach dem gemeinen Wert) sich ergebende Material. Aus der Betrachtung hierüber haben die Grundstücke der Krone, des Staates, der Gesandtschaften, der Provinz, Kreise, Gemeinde, sofern sie öffentlichem Gebrauche dienen, ferner Straßen, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Schulen, Gotteshäuser, Armenanstalten, Gefängnisse und dergleichen ausgeschlossen werden müssen, weil für sie kein Material vorlag.

Der Gesamtwert des bebauten Terrains im Umfange von fast 6 Millionen Quadratmetern belief sich im Jahre 1901 auf fast 600 Millionen Mark, gegen 622 Millionen im Jahre 1898,

690 Mill. im Jahre 1899 und 737 Mill. im Jahre 1900. Die Steigerung war nicht so sehr durch die Zunahme der bebauten Fläche als vielmehr durch das stetige Anwachsen des Bodenwertes bedingt. Für den Quadratmeter Fläche wurden 1898 M. 113,52, im Jahre 1901 dagegen 125,45 M. berechnet. Die Preisunterschiede nach den verschiedenen Stadtvierteln sind bedeutend, sie schwanken zwischen 372 M. pro Quadratmeter im Ostviertel, und 8,59 M. am Nonnenbamm.

308 Grundstücke hatten mehr als einen Eigentümer. Im Eigentum zweier Personen standen 197, von drei 23, von vier 17, von fünf 3, von sechs 8, von sieben 3, von acht 4 und von zehn 2 Grundstücke. In 51 Fällen war nur bekannt, daß die Grundstücke mehreren Personen gehörten, aber nicht wie vielen. Nach der Zahl der Grundstücke in einer Hand betrachtet, ergab sich, daß von 100 Eigentümern 88,73 im Besitze je eines Grundstücks, 8,77 im Besitze von je zwei, 1,54 von je drei, 0,66 von je vier, 0,26 von je fünf und 0,04 von je sechs Grundstücken waren. Von je 100 Grundstücken waren 68,31 im Besitze je eines Eigentümers, 15,63 je zweier Eigentümer, 5,99 von je drei, 3,21 von je vier, 1,97 von je fünf Eigentümern. Von dem Gesamtwert aller bebauten Grundstücke waren 67,30 Prozent in der Hand je eines Besitzers, 14,11 von je zwei, 5,23 von je drei, 3,44 von je vier, 1,89 von je fünf Besitzern.

Der Gesamtwert der unbebauten Grundstücke betrug im Jahre 1901 101,3 Millionen Mark gegen 111,8 Millionen im Jahre 1898, die unbebaute Fläche stellt sich 1898 auf 3 Millionen, 1901 auf 7,9 Millionen Quadratmeter. Da die Fläche nicht in demselben Grade zurückgegangen ist wie der gemeine Wert, ergibt sich, daß der Bodenwert im Durchschnitt der Stadt gesunken ist, und zwar von 18,87 M. pro Quadratmeter im Jahre 1898 auf 12,72 M. im Jahre 1901. Die Ursache für diese Erweichung ist aber nicht etwa in einem Sinken des Bodenwertes an sich zu suchen, sondern vielmehr in dem stetigen Abnehmen des unbebauten Grund und Bodens in den teuren Stadtvierteln. Am höchsten standen die Bodenwerte im vierten Bezirk der inneren Stadt mit 177,78 M., am niedrigsten in der Gegend am Königsbamm nördlich mit 4,67 M. pro Quadratmeter. Außerordentlich niedrig (6,26 M.) war auch der Wert in Westend. Das ist einmal auf das Fehlen der Kanalisation zurückzuführen, und zweitens auf den Umstand, daß die Grundstücke dort wegen der vorgegebenen landhausmäßigen Bebauung eine größere Fläche haben müssen als in den an sich teureren Stadtvierteln. 180 Grundstücke standen im Eigentum mehrerer Personen. Von 100 Grundstücks-eigentümern besaßen 85,32 nur ein Grundstück, 10,14 je zwei, 1,40 je drei, 2,09 je vier, 0,7 je fünf und 0,35 je acht Grundstücke. Von 100 Grundstücken waren 41,09 in der Hand eines Eigentümers, 15,95 hatten je zwei, 10,34 je drei, 8,92 je vier Eigentümer. Von dem Gesamtwert der unbebauten Grundstücke waren nur 27,36 Prozent in der Hand je eines Eigentümers, 21,90 von je zwei, 11,01 von je drei, 10,30 von je vier Besitzern.

Reu-Weigensee. Spurio verahunden ist seit dem 17. d. M. der in dem Geschäft von Wehne, Charlottenstr. 79, in Stellung gewesene 20jährige Hausdiener Georg Thiers, dessen Eltern Panterstraße 19 in Rixdorf wohnen. Der junge Mensch ist etwas schwachsinzig. Die Eltern befürchteten, daß ihm ein Unglück zustoßen ist, da er keinerlei Ursache hatte, seine Stellung zu verlassen. Der Vermißte ist am 27. Januar 1883 geboren, 1,68 Meter groß und sehr schwächlich, hat dunkelblondes Haar, niedrige Stirn, blaue Augen und fällt durch seinen blöden Witz auf. Mitteilungen über den Vermißten nehmen alle Polizeibehörden entgegen.

Mit der polizeilichen Schließung des Ragerviehhofes zu Rummelsburg beschäftigte sich gestern die dortige Gemeindevertretung. Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Hahn, machte der Versammlung Mitteilung vom dem Vorgehen der Polizei, das ihm persönlich schwer verständlich sei. Es kam zu einer lebhaften Aussprache, in welcher behauptet wurde, daß die Centrale für Viehverwaltung die eigentliche Triebfeder zu der erfolgten Schließung sei und die Regierung, welche der polizeilichen Verfügung die Genehmigung erteilte, hier agrarische Interessen gefördert habe. Geradezu ungeheuerlich sei die Behauptung, daß auf dem Rummelsburger Markt eine Seuchengefahr bestände. Der Markt sei in sanitärpolizeilicher Beziehung gerade in der letzten Zeit verbessert worden. — Von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit soll nach dem gefaßten Beschlusse Abstand genommen werden, weil ein Erfolg ausgefallen erscheint. — Die Sperrung des Rummelsburger Marktes war an die Bahnstationen der östlichen Provinzen in einem so unvollständigen Telegramm mitgeteilt worden, daß für den Berliner Viehhof recht unangenehme Folgen entstanden. In der Depeche heißt es nämlich, daß nach Rummelsburg und der Berliner Viehwage Schweinefendungen nicht gerichtet werden dürfen. Hieraus schloß man teilweise auch auf eine Sperrung des Berliner Viehhofes und hielt viele Schweinefendungen zurück, was, da der Nachfrage nicht genügt werden konnte, eine Preissteigerung von 3 Mark zur Folge hatte.

Rixdorf. Wegen einer rohen That wurde der Maurer Rey festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt. R. lebt schon seit zwei Jahren von seiner Frau getrennt und kümmerete sich nicht um seine Familie. Frau R. erwidert ihren Lebensunterhalt durch den Betrieb eines Milchgeschäftes im Hause Lessingstraße 23. Am Montag kam Rey dort hin und versuchte, seine Frau durch Vergießen mit Schwefelsäure zu verletzen, er zerstörte ihr aber nur die Kleider und brachte ihr eine ungefährliche Brandwunde an der Schulter bei, da Augenzeugen des Vorganges der Frau noch rechtzeitig zu Hilfe eilten. Rey wurde der Polizei übergeben. — Auf dem Mittelweg von einem Lastfuhrwerk überfahren wurde das dreijährige Söhnchen des Tischlers Schultzen aus der Schönweiderstraße 4. Dem Knaben wurde dabei der linke Fuß zerquetscht. Der Führer des Wagens entzog sich durch Flucht seiner Feststellung. — Am Grabe ihrer Mutter vergaßen wollte sich am Montagnachmittag auf dem neuen Jakobikirchhof in der Hermannstraße die siebzehnjährige Klara Garow aus Berlin, Reichenderstraße 17. Sie trank zu diesem Zweck am Grabe der Mutter, das sie zuvor geschmückt hatte, ein flüchtiges Gift aus und brach dann zusammen. Die jugendliche Lebensmilde, welche den Tod der Mutter nicht verschmerzen kann, wurde nach einem Wechsler Krankenhaus geschafft, wo sofort eine Magenanspülung erfolgte. Man hofft das Mädchen am Leben erhalten zu können. — Das Dienstmädchen eines in der Ringbahnstraße wohnhaften Arztes wurde in Haft genommen, weil es im Verdacht steht, ihr neugeborenes Kind gewaltig getötet zu haben.

Steglik. Eine eigne Art, öffentlich getragte Mißstände abzustellen, hat unser Amtsvorsteher. Vor kurzem brachte der „Vorwärts“ in einem Versammlungsbericht eine Beschwerde über mangelhafte Schutzvorrichtungen bei Neubauten. Die Folge davon war, daß der Amtsvorsteher den Obmann der Mißstandskommission nach dem Rathaus citierte und ihn in erregter Weise der Heberei und der Verbreitung unwahrer Nachrichten bezichtigte, denn die Bauten würden regelmäßig kontrolliert und speziell über den strittigen Bau habe er einen schriftlichen Bericht eines Angestellten des Bau-Amtes, wonach dortselbst alles vorchriftsmäßig sei. Er verlangte von unserm Genossen einen Widerruf, und als dies abgelehnt wurde, weil nur Thatsachen berichtet worden seien und der Betreffende außerdem den Bericht weder verfaßt noch veranlaßt habe, wünschte der Amtsvorsteher, daß unser Genosse dann wenigstens den Verleumdungstatbestand bezeugen möge, damit „solche un wahren Sachen“ nicht mehr veröffentlicht würden. — Daß diese „unwahren Sachen“ trotz alledem wahr sind, ist leicht zu beweisen: Die Stiebtreppe des Schutzhauses in der Rixdorfstraße (an der andern Front, Schildhornstraße, ist überhaupt kein solches vorhanden) sind an ihrem tiefsten Punkte nur ca. 1,50 Meter vom Erdboden entfernt, so daß ein Mensch von normaler Größe das Trottoir nicht passieren kann,

ohne die Kopfbedeckung zu verlieren, was denn auch tatsächlich schon öfter passiert ist; außerdem sind aber auch die Streben von so schwachem Holze (sogen. Staatshölzer), daß das Ganze nur eine Schein-sicherheit bietet. Wenn ein solches Konstrukt von Schutzbach den polizeilichen Anforderungen genügt, dann — geben wir gern zu, daß wir eine Unwahrheit berichtet haben. Demerten müssen wir aber noch, daß selbst dieser primitive Schutz, sowie die Abdeckung der Leitergänge erst erfolgte, nachdem die Mißstandskommission Beschwerde geführt hatte.

Nun müssen wir die Polizeibehörde aber leider schon wieder auf einen noch weit gefährlicheren Mißstand aufmerksam machen. Ebenfalls in der Schildbroschüre, gegenüber dem Hause Nr. 76, ist vor längerer Zeit ein Neubau begonnen worden, der aus irgend welchen Gründen schon seit Wochen nicht mehr weitergeführt wird. Die Giebelwände sind bis zu ungefähr 4 Meter Höhe geblieben, und die liebe Jugend benutzte die von der Straße völlig freizugängliche „Ruine“ als willkommenes Objekt, um sich in Kletterkünsten zu üben. Anscheinend ist der Mangel eines Zauns von den Polizei-Organen noch nicht bemerkt worden, deshalb machen wir an dieser Stelle darauf aufmerksam, um fast mit Sicherheit zu erwartenden schweren Unglücksfällen vorzubeugen.

## Gerichts-Zeitung.

Eine Musikprobe im Gerichtssaal veranlaßte die achte Strafkammer des Landgerichts I gelegentlich der Beweiserhebung über die Verübung groben Unfugs bzw. ruhestörenden Lärms, welches dem Kaufmann Adolf Nelson zur Last gelegt wurde. Der Angeklagte hat eine Wohnung im Hause Meyerbeerstraße 7 inne. Es ist nach den Befundungen der Zeugen stets ein sehr „ruhiges“ Haus gewesen. Die gestrenge Verwalterin duldet kein Ausruhen und Musikieren auf dem Hofe, und nur schüchtern magt eine junge Dame, sich während einiger Nachmittagsstunden zur Pianistin auszubilden. Großes Entsetzen verbreitete sich daher in der stillen Hausgemeinschaft, als eines Tages aus der Nelsonschen Wohnung heraus die Klänge eines Grammophons sich vernehmen ließen und nach der Behauptung der Hausbewohner nimmer enden wollten. Nach deren Behauptungen sollten bei Tage Frau Nelson, bei Nacht Herr Nelson sich mit dem Grammophon einen musikalischen Ohrenschmaus, den Hausgenossen dagegen Höllenqualen und schlaflose Nächte bereiten. Ein unmittelbarer Wohnungsnachbar wandte sich schließlich an die Polizei um Abhilfe, welche indessen ein Einschreiten so lange ablehnte, als nicht eine diesbezügliche Willenserklärung aller Hausbewohner vorliege. Flug wurde nun eine Beschwerde schriftlich in Umlauf gesetzt, unterzeichnet und der Polizei übermittelt, welche nunmehr gegen Nelson einen Strafbefehl wegen Verübung groben Unfugs und ruhestörenden Lärms erließ. Die von den Hausgenossen erwartete Wirkung blieb aber aus, Nelson erhob Einspruch und unterbreitete seine Angelegenheit dem Schöffengericht zur Entscheidung. Dieses erkannte auf 15 M. Geldstrafe. Auf eingelegte Berufung hatte sich nun die Strafkammer mit der Sache zu befassen. Da das Instrument zur Stelle war, veranlaßte der Vorsitzende eine Musikprobe, um sich von der Mangelhaftigkeit des selben zu überzeugen. Der Gerichtshof gelangte zu der Ansicht, daß von einer Verübung groben Unfugs oder ruhestörenden Lärms nicht die Rede sein könne. Die Hausbewohner möchten sich ja durch das andauernde Spielen belästigt fühlen, aber nach wiederholter Entscheidung des Reichsgerichts sei die Belästigung von Hausbewohnern durch einen Hausgenossen keine öffentliche Belästigung des Publikums im allgemeinen. Abhilfe dagegen sei im zivilrechtlichen Wege zu erstreben, am wenigsten sei es Sache der Polizei, derartige häusliche Streitereien zu schlichten oder zu bestrafen. Unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils erkannte die Strafkammer auf kostenlose Freisprechung.

Der Schuhmann Franz Wehrhadt hatte sich gestern vor der vierten Penzionskammer des Landgerichts I wegen Kuppelerei und verbotener Verleitung zum Reineide zu verantworten. Die Verhandlung der letzteren schweren Straftat mußte verlagert werden, da eine Hauptzeugin ausgeblieben war, dagegen wurde der Angeklagte der Kuppelerei für überführt erachtet und hierfür zu einer Monat Gefängnis verurteilt, wodurch auch der Verlust seiner Stellung bedingt ist. Der Angeklagte hatte sich in einem Hause in der Friedrichstraße eine größere Wohnung gemietet, von der er mehrere Zimmer an solche Damen abließ, die einem unzüchtigen Gewerbe nachgingen. Er hatte sich von denselben einen täglich zu entrichtenden Pensionspreis von 6 M. zahlen lassen.

Ein Konflikt. Nachdem sich der Bureauassistent Penning zu Kiel beim Magistrat zur Wiederholung der Assistentenprüfung gemeldet hatte, wurde sein damaliger Vorgesetzter, Stadtschreiber Haber, zur Erstattung eines Berichts aufgefordert. Haber berichtete darauf schriftlich: Es sei ihm zweifelhaft, ob A. beim zweiten Mal die Prüfung bestehen werde. Er sei dem Alkoholgenuss ergeben, und zwar dem Branntweingenuss, leide an Gedächtnischwäche und sei unzuverlässig. Da A. vielleicht in anderer Stellung, als seiner derzeitigen im Stadtbauamt, den Anforderungen eines Bureau-Assistenten gerecht werden könnte, möchte er die Zulassung A.s zur Prüfung beantragen. — Der Magistrat ließ A. nicht zur Prüfung zu und drohte ihm sogar mit der Entlassung, falls wieder über seinen übertriebenen Alkoholgenuss geklagt werden würde. A. erfuhr von dem Bericht Habers über ihn und verklagte Haber wegen Verleumdung, indem er behauptete, er sei ein durchaus nächster Mensch und die Angaben über den Alkoholgenuss seien falsch, was auch Haber wissen müsse. Haber hatte außerdem noch gesagt, A. trage immer eine Nimmelfarbe bei sich. — Das Amtsgericht Kiel eröffnete auch das Verfahren gegen Haber, bevor es zur Verhandlung kam, erhob jedoch die Regierung zu Schleswig den Konflikt zu Gunsten Habers und verlangte die gänzliche Einstellung des Verfahrens, weil A. in amtlicher Eigenschaft und im amtlichen Auftrage gehandelt habe, als er den Bericht an den Magistrat verfasste, der übrigens über das Verbot einer Nimmelfarbe nichts enthalte. Durch die Äußerungen über den Alkoholgenuss sei Haber nicht über den Rahmen seiner Amtsbefugnisse hinausgegangen. — Das Oberverwaltungsgericht war derselben Meinung und erklärte den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Verfahren gegen Haber endgültig einzustellen ist.

## Verfammlungen.

Ueber die Mißstände bei der Firma Siemens u. Halske sprach gestern im „Friedrichstadt-Kaffee“ Gewerkschaftsbeamter Wiefenitz bei ca. 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen des Siemensschen Stadtbüros. Aus allen Abteilungen des Werks war dem Referenten ein überaus reiches Beschwerdematerial zugegangen, aus dem hervorging, daß die so viel gerühmten „alten Traditionen“ der Firma, soweit sie sich auf die Behandlung, Entlohnung und Fürsorge für die Arbeiter beziehen, nunmehr endgültig zum Teufel gegangen sind. Die Arbeitsverhältnisse untercheiden sich demnach in nichts mehr von denen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, ja sie sind teilweise sogar noch bedeutend schlechter wie diese. Hier wie dort planlose Verteilung der Arbeit, so daß bald Ueberstunden bis ins Endlose angeordnet werden, bald aber schon um 2 Uhr nachmittags Feierabend gemacht wird. Ferner willkürliche Lohnberechnung, empfindliche Abzüge, sobald sich die Leute auf ein Stück genügend eingearbeitet haben. Die Verdienste sind äußerst schwankend, sie variieren bei Männern zwischen 7,86 M. und 9, 12, 16, 19 bis zu 32 M., bei Frauen zwischen 5,19 M. und 20 M. pro Woche — bei einer Arbeitszeit von ca. 50 Stunden. Einzelne Arbeiten werden demnach schlecht bezahlt, daß die Arbeiterinnen es nur auf einen Stundenverdienst von 5 Pf. bringen konnten. Dazu kommt die durchaus ungeziemende Behandlung seitens der Meister, von denen sich einzelne besonders den Arbeiterinnen gegenüber die stärksten Freizeiten erlauben. Sehr mangelhaft ist es mit den hygienischen Einrichtungen aller Art bestellt; auch notwendige Schutzvorrichtungen fehlen, so daß sich häufig

Unfälle ereignen. Kurz, der Referent übte eine geradezu vernichtende Kritik an den Arbeitsverhältnissen der Firma Siemens u. Halske, und der lebhafteste Beifall aller Anwesenden bewies nur zu deutlich, daß die Kritik angebracht war. Den freireisenden Schloßern usw. des Stabelwerks am Nonnendamm sprach die Versammlung ihre Sympathie aus.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zentrale Berlin) hielt am Mittwoch im Grand Hotel Alexanderplatz eine ordentliche Generalversammlung ab. Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse pro 2. Quartal balanzieren in der Summe von 3072,90 M. Für die Kranken- u. Jubiläumskasse waren 58,10 und für die Arbeitslosenklasse 12,00 M. vereinnahmt. Die Lokalkasse hatte infolge eines Bestandes von 3848,90 M. eine Einnahme von 5713,01 M., der eine Ausgabe von 2955,47 M. gegenüberstand, darunter 1619 M. für Streikunterstützung. Nicht enthalten ist in dieser Abrechnung die Einnahme aus den Vorkaufungen für die Birmanenser Ausgewanderten und die Berliner Schloßschuhmacher. Diefelde soll in einer späteren Versammlung mit der Abrechnung des nunmehr beendeten Schloßarbeiterstreiks bekannt gegeben werden. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 1913, mithin eine Zunahme von 140 Mitgliedern seit dem 1. Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Infolge der Reichstagswahlen wurde die Abhaltung von Versammlungen möglichst beschränkt. Es fanden statt: 1 Generalversammlung, 5 Branchenversammlungen und 5 öffentliche Versammlungen, ferner 2 Vorstandssitzungen und 4 Vertrauensmännersitzungen sowie 21 Fabrik- und Werkstatt-Konferenzen. Ein Regulativ für die Wahl der Arbeitervertreter wurde ohne Debatte angenommen.

Die Posamentierer hielten am Mittwoch, den 22. d. M., im Gewerkschaftshaus die regelmäßige Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Dr. Max Schütte einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Vor 25 Jahren, Erinnerungen aus dem Jahre 1878“ hielt. — Die Abrechnung wurde durch Kollege Jechms wie folgt gegeben: Filialkassen: Einnahme inkl. Bestand 732,59 M., Ausgabe 478,81 M., Bestand 253,78 M. Krankenzusatzkasse: Einnahme inkl. Bestand 778,80 M., Ausgabe 117,06 M., Bestand 661,74 M. Reservefonds: durch Kollege Friebe: Einnahme inkl. Bestand 1441,73 M., Ausgabe 25,55 M., Bestand 1416,18 M. Im Namen der Revisoren erklärte Kollege Schüler, Bücher und Belege geprüft und dieselben in Ordnung gefunden zu haben. Ein Antrag wurde angenommen, den Kollegen Löwenthal zu erlauben, seinen Verpflichtungen dem Reservefonds gegenüber gerecht zu werden. — Den Bericht des Gesellenauschusses gab Kollege Fritz Berger und schilderte den Widerstand einiger Meister gegen die Forderung einer besseren Lehrlingsausbildung. Nachdem derselbe die neue Kühnemann-Strömung in der Innung erörtert und ihre Ziele skizziert hatte, forderte er die Kollegen und Kolleginnen auf, fest an der Organisation zu halten und dieselbe weiter auszubauen; insbesondere Stellung nur durch den Gehilfen-Nachweis anzunehmen. — Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, den „Textilarbeiter“ den Bestellen per Post zuzusenden. Kollege König erbot sich, die Expedition zu übernehmen. Die Vertrauensleute sind aufgefordert, die Adressen sowie die Anzahl der zu sendenden Exemplare bis zur nächsten Versammlung dem Vorstand oder dem Expedienten zu übergeben. Eine Anfrage, ob der auch Kollege Kubert immer noch den Friedrichsberger Wahlverein ziert, konnte nicht für bestimmt vom Vorsitzenden beantwortet werden, und ist Kollege Berger beauftragt, das Nähere zu veranlassen.

Die Arbeiter der Firma Flohr, Maschinenfabrik, Chausseestraße, besaßen sich am Montag in einer gut besuchten Versammlung wieder einmal mit Betriebsmißständen verschiedener Art. Von den einzelnen Rednern wurde besonders hervorgehoben, daß die Theorie des Herrn Flohr, wie er sie über „Arbeiterfürsorge“ in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter gelegentlich zum Besten gab, mit der in seinem Betriebe geübten Praxis nur sehr wenig in Einklang zu bringen ist. So ist kürzlich einer Kommission die Zufriedenheit gegeben worden, unter 30 Pf. Stundenlohn werde überhaupt kein Arbeiter eingestellt, während in Wirklichkeit eine Anzahl neu eingetretener Arbeiter für 28 Pf. pro Stunde arbeiten müsse. Einem Arbeitsnachwieser wurden sogar nur 15 Pf., und als er dafür nicht arbeiten wollte, 18 und endlich 20 Pf. pro Stunde geboten. Sobald die Geschäfte etwas flau gehen, müssen die Arbeiter aussehen, doch bei wachsenden Aufträgen heißt es Ueberstunden machen bis ins Endlose. Es ist vorgekommen, daß man einzelne Leute 36 Stunden in einer Tour arbeiten ließ; Ueberarbeit bis 12 Uhr nachts ist etwas ganz gewöhnliches. Dabei giebt es für die Ableistung von Ueberstunden keinerlei Lohnaufschlag. Wer sich diesem System nicht willig fügt, wird von den Meistern garb angelassen, wobei es dann sogleich heißt: Wem es nicht paßt, der kann gehen. — An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch der Meister Strauß. Ganz ungenügend wünschte dieser Mann, die Arbeiter möchten etwas gefügiger sein, dann würde auch das Verhältnis zwischen Meistern und Arbeitern ein besseres werden. Ja er forderte sogar Anerkennung dafür, daß die Arbeiter von den Meistern gewissermaßen väterliche Anleitungen bei der Arbeit erhielten. Die Anwesenden schienen nun allerdings für diese vorinsinulischen Anschauungen des guten Meisters wenig Verständnis zu haben. Sie hielten ihm entgegen, daß gerade durch die bisherige Gefügigkeit der Arbeiter die Arbeitsverhältnisse in dem Betriebe so stark verschlechtert worden seien; im übrigen müsse es fast komisch berühren, wenn mitunter noch kaum 25jährige Meister 40—50jährigen Arbeitern gegenüber von väterlichen Anleitungen sprechen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die am 27. Juli in den „Germaniasälen“ versammelten Arbeiter der Firma Flohr wenden sich ganz energisch gegen die bereits mehrfach öffentlich gerügten Mißstände des Betriebes, wie sie in letzter Zeit wieder in der ungenügenden Behandlung durch die Meister, der Einstellung von Arbeitern zu durchaus ungenügenden Löhnen und besonders in dem maßlos ausgearbeiteten Ueberstunden-Umwesen zu Tage treten. Die Versammelten erwarten, daß die Betriebsleitung endlich eine vernünftige Arbeitsverteilung einführt und für Ueberstunden — soweit solche unbedingt nötig sind — einen angemessenen Lohnaufschlag zahlt. Ferner verpflichten sich die Anwesenden, Mann für Mann dem deutschen Metallarbeiter-Verein beizutreten, da nur durch eine festgefügte Organisation derartigen Uebelständen mit genügendem Nachdruck abzuhelfen ist.“

Die Metallarbeiter-Gewerkschaft beschäftigte sich am Montag im „Goldberger Salon“ erneut mit dem Streik in der Schöning-schen Eisengießerei. Aus dem Kommissionsbericht ging hervor, daß sich an dem Stand des Streiks bisher nichts geändert hat. Eine Einigung mit der Betriebsleitung hat sich noch nicht erzielen lassen. Wenn auch nur vereinzelte „Arbeitswillige“ vorhanden sind, so erwächst der Firma jedoch eine bedeutende Kundenstärke durch den Kühnemann-Verein, dessen Mitglieder in ihren Betrieben die Schöning'sche Arbeit zum Selbstkostenpreis herstellen lassen. Diese Thatsache, sowie der Umstand, daß der Metallarbeiter-Verein kürzlich beschlossen hatte, die Anfertigung dieser Streikarbeit nicht abzugeben, war die eigentliche Ursache zur Einberufung der Versammlung. Dannenberg kritisierte in seinem Referat sachlich den erwählten Beschluß des Metallarbeiter-Vereins als eine taktische Unflughandlung und gab der Meinung Ausdruck, daß der Streik vielleicht schon zu Gunsten der Arbeiter beendet wäre, wenn der Verband seinen Mitgliedern, besonders den Formern, die strikte Verweigerung der Streikarbeit empfohlen hätte. Die vom Verbands gebilligte Anfertigung der Streikarbeit jedoch komme direkt der Firma Schöning, sowie den gesamten Metallindustriellen zu gute, und müsse überdies eine demokratisierende Wirkung auf die ganzen Metallarbeiter ausüben. Sämtliche Diskussionsredner pflichteten diesen Ausführungen bei. Zur Annahme gelangte alsdann folgende Resolution:

„Die Versammlung verurteilt die Beschlußfassung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins betreffs Anfertigung von Streikarbeit auf das entschiedenste und verpflichtet sich, diese Frage überall zu diskutieren, damit in Zukunft die Anschauungen darüber geklärt werden, um fernherin einen derartigen Beschluß unmöglich zu machen.“

Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter hielt am 20. Juli seine sehr gut besuchte Generalversammlung ab, in der der erste Kassierer Gensel die Abrechnung vom zweiten Quartal d. J. verlas,

die bei einer Einnahme von 1486,10 M., einer Ausgabe von 1241 M. einen Ueberschuß von 245,10 M. ergab. Der Bestand für das dritte Quartal beträgt 2820,21 M. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt. Bei der vorgenommenen Erziehung zum Vorstände wurden neu resp. wiedergewählt: E. Haffner erster Vorsitzender, Bergmann zweiter Kassierer, F. Strehlow erster Schriftführer, Kamenz Weißiger, Will Bibliothekar und Josef Revisor. Alsdann erstattete der Delegierte zum Gewerkschaftsamt, Kollege Kleinlein, unter großem Beifall den Bericht über seine Tätigkeit. Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung mit dem Streik bei der Firma Rieber u. Co., Alexanderstr. 22. 52 Kollegen legten geschlossen die Arbeit nieder, um dem Denunziantenunwesen in der Fabrik und den Maßregelungen der Kollegen, die thätig für die Organisation eintraten, ein Ende zu machen. Sie fordern die Entlassung eines Arbeiters, der als Zuträger entlarvt ist, und die Wiedereinstellung der Bemerkten. Die Versammlung, in der von mehreren Rednern die Zustände jener Fabrik scharf kritisiert wurden, hieß das Vorgehen der Kollegen gut und sanktionierte den Streik.

Ordentliche Generalversammlung des Verbands deutscher Gast-wirtschaftsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin), am 21. Juli 1903, im Gewerkschaftshaus. Der erste Vorsitzende, Kollege Roth, eröffnete die Versammlung und giebt den Geschäftsbericht für den Vorstand des Quartals, monats im zweiten Quartal 1903 an festen Stellen 241, an Ausbittstellen 4640 von unfremd kostenlosen Arbeitsnachweis vermittelt worden sind. Die Vermittlung dieser Stellen würde nach den niedrigsten ortsbüchlichen Preisen bei privaten Stellenvermittlern 3246,50 M. gekostet haben, eine Summe, die durch unfremd kostenlosen Arbeitsnachweis den Kollegen erspart geblieben sind. — Zeitsch gibt den Kassenbericht, monats an Einnahme 3188,25 M., an Ausgabe 3078,25 M., an Bestand 110,— M. zu verzeichnen sind. Kollege Krambach beantragt im Namen der Revisoren die Ent-lasung der Kassierer, was einstimmig erfolgt. Kollege Biecher berichtet über die Thätigkeit der Geschäfts-Kommission, welche nach einer Ermahnung des Kollegen Ströblinger an die Mitglieder des Verbandes, von der Versammlung als günstig anerkannt wird. Nach Erledigung interner Verbandsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Wahlverein für Reinickendorf und Umgegend hielt am Mittwoch, den 22. Juli, im Lokale von Reinhardt, Hauptstraße, seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes ist die Mitgliederzahl beständig im Steigen begriffen. Im Juli d. J. war der Bestand 277 Mitglieder, im letzten Quartal 289 Mitglieder. Der gegenwärtige Bestand ist 354 Mitglieder. Nach dem Alter geordnet sind unter 25 Jahren 22 Genossen, von 25—30 Jahren 93 Genossen, von 30—40 Jahren 157 Genossen, von 40—50 Jahren 62, von 50—60 Jahren 15, von 60—67 Jahren 5 Genossen. Den Berufen nach sind: 101 Arbeiter, 45 Maurer und Bauarbeiter, 30 Mechaniker und Schlosser, 27 Tischler, 16 Dreher, 11 Formner, 9 Buchdrucker und Schriftsetzer, je 7 Schmiebe und Schuhmacher (inkl. Meister), 5 Klempner und Gaswirte, 4 Lederarbeiter und Schneider (inkl. Meister), 3 Zimmerleute, Uhrmacher, Cigarrenarbeiter, Kutscher, Kaufleute, Schreiber und Bureauangestellte, 2 Drechsler, Steinseher, Kesselschmiede, Gärtler, Maler, Portefeuillearbeiter, Lithographen, Buchbinder, Barbiers, Comptoiristen und Händler, 1 Stukkateur, Gipsarbeiter, Möbelpolier, Stellmacher, Ladierer, Köchler, Dachdecker, Techniker, Kermacher, Ponteur, Kupferschmied, Instrumentenmacher, Schleifer, Drahtzieher, Glaser, Tapezierer, Kürschner, Bügler, Kurbelstepper, Posamentier, Handschuhmacher, Sattler, Tischdruckergehilfe, Metalldrucker, Bürstenmacher, Händler, Kellner, Hausdiener, Versicherungsagent, Kommissionär, Kassenbote und Ver-walter. Punkt Kassenbericht: Einnahme 436,55 M., Ausgabe 427,40 M., an Kassenbestand 146,81 M. Dem Kassierer Max Leonhardt wurde Decharge erteilt. Bericht des Wahlkomitees: Genosse Schüler an Zeller-Versammlung Einnahme 131,95 M. Die Gesamtausgabe für die letzte Reichstagswahl beläuft sich auf 430,90 M.

Die Neubildung eines neuen Wahlvereins für Wilhelmshagen wurde angenommen. Neuwahl des Vorstandes: Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Schuhmacher als Vorsitzender, M. Leonhardt als Kassierer und Eufé als Schriftführer. Als Revisoren wurden gewählt die Genossen Thaleke und Alafand, zum Beisitzenden Genosse Jan.

Stralau. Am Sonntag, den 19. d. M., hielt der socialdemokratische Wahlverein für Stralau und Umgegend seine General-Versammlung im Lokale des Herrn Gursch ab. Genosse Bürger referierte über die Landtagswahlen und erntete reichen Beifall mit seinen Ausführungen. Diskussion fand nicht statt. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal. Der Verein hatte eine Einnahme von 302,59 M. und eine Ausgabe von 260,05 M. Der Kassenbestand beträgt 42,54 M. Hierauf berichtete der Gemeindevorsteher Bud über örtliche Angelegenheiten. In der Diskussion wurde auch der traurige Fall der 3-jährigen Eheleute erwähnt. Am 26. Juni dieses Jahres war der 5-jährige Knabe der 3-jährigen Eheleute mit mehreren andren Kindern zusammen nach der sogenannten Kirchweide spielen gegangen und, da der Pflanz wohl an der Straße aber nicht am Wasser abgezogen ist, beim Spielen in die Spree gestürzt und ertrunken. Das Spielen der Kinder auf diesem Plage wird von der Kirchenbehörde stillschweigend geduldet. Nun sollte man doch denken, daß nach diesem Unglück eine Schutzvorrichtung am Wasser errichtet worden wäre, um weiteres Unglück zu verhindern. Aber nichts von alledem. Die Kirchenbehörde duldet nach wie vor das Spielen der Kinder dort (außer Sonntags) und auch die Polizeibehörde sieht sich nicht veranlaßt, irgend welche Maßregeln zu ergreifen. Hierzu führte Genosse Bud aus, daß von der Gemeindevertretung 4000 M. bewilligt worden wären, um den Platz zu planieren und zum Spielen für die Kinder herzurichten, sie sei aber von der Kirchenbehörde abgewiesen worden. Diese Behörde will nämlich das Gesundheit einsteuerten liegen lassen; ein anderer Platz als Spielplatz ist aber in Stralau nicht vorhanden, so daß Stralau wohl ohne einen solchen bleiben wird.

Friedrichshagen. Der hiesige socialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein hielt am Sonnabend, den 18. Juli, seine General-Versammlung ab. Der Vorstandsbericht ergab, daß sich die Lage des Vereins bedeutend gebessert hat durch Zunahme der Mitglieder und besseren Besuch der Versammlungen. Die Einnahmen betragen 391,07 M., die Ausgaben 305,59 M., bleibt Bestand 85,48 M. Die Bibliothek ist bedeutend erweitert worden. In Punkt 2. Angelegenheit Albrecht, fand der Antrag des Genossen Karl Grau, Albrecht aufzufordern, sein Mandat niederzulegen, weil Albrecht an dem Festzug zur 150-jährigen Jubelfeier Friedrichshagens teilgenommen habe, und in gesperrten Lokalen verkehre, Annahme. Vorstandswahl. Es wurden gewählt als 1. resp. 2. Vorsitzender: Beckmann, Wolf; Kassierer: Richter; 1. resp. 2. Schriftführer: Max Grau, Eisenhauer; Beisitzer: Siebert, Schode; Bibliothek-Kommission: Buhn, Kraum, Radue; Revisoren: Gübner, Corring, Rud. Kose. Die neue Geschäftsordnung wurde en bloc angenommen. Unter Verschiedenem erklärte Albrecht seinen Austritt. Ferner wurde bedauert, daß die Rotig, das Navenstein und die Lokale in Kiefern alle gesperrt sind, in der neuen Lokalliste wieder nicht enthalten ist. Der Vorstand wurde schließlich beauftragt, sein Augenmerk auf die bevorstehenden Landtagswahlen zu richten.

Die Generalversammlung des Socialdemokratischen Arbeitervereins zu Spandau, am letzten Dienstag, beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der bevorstehenden Landtagswahlen. Nach einer ziemlich ausgebreiteten Debatte, an welcher sich die Genossen Pieper, Dufsch, Zemme, Rieger und Pieter beteiligten, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Delegierten für die demnächst stattfindende Kreis-konferenz auszugeben, gegen jede Begünstigung des Freisinn bei der Wahlmänner- und Abgeordnetenvwahl entscheiden einzutreten. Zu Delegierten wurden gewählt die Genossen Zemme, Gottrig und Pieper; Konifer wird als Vertreter der Kreis-kommission der „Laternen“, Dähne und Tannscheidt werden als Vertreter der Parteileitung — mit beratender Stimme — an der Kreis-konferenz teilnehmen.

In seinem Geschäftsbericht teilte der Vorsitzende, Genosse Hornig, mit, daß der letzte Wahlkampf für Spandau die Notwendigkeit eines

weiteren Ausbaues der politischen Organisation ergeben habe, insbesondere soweit der Bezirk I, welcher die ganze innere Stadt umfaßt, in Betracht kommt. Der Kassibericht für das zweite Quartal 1903 wies inf. des Bestandes von 278,50 M. eine Einnahme von 2049,11 M. auf, darunter an Erträgen der Zellerfassung 559,41 M., auf Listen und an freiwilligen Beiträgen 746,30 M. usw. Die Ausgaben betragen 1869,76 (darunter 672,15 M. für Wahlflugblätter usw.), so daß ein Bestand von 179,35 M. verbleibt. Ueber das Thema „Was lehrt uns die letzte Reichstagswahl?“ referierte Müllenstedt-Nauen; an den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion.

In der letzten Sitzung des Charlottenburger Gewerkschafts-Komitees wurde an Stelle des ausgeschiedenen Genossen W. Menge, Jost für das Auskunfts-Bureau gewählt. Dasselbe befindet sich vom 1. Oktober 1903 Wallstraße 68. Bei der dadurch notwendig gewordenen Neuwahl des Obmannes wurde Genosse Karl Steinigt, Rüdertstraße 9 gewählt. Des Weiteren wurde beschlossen, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abzuhalten, die hauptsächlich der Frauenagitation dienen soll. Außerdem wurde der Massenbericht gegeben und zu den bevorstehenden Wahlen ein Ausschuss von 4 Personen gewählt, der in Gemeinschaft mit dem bestehenden Ausschuss die Vorarbeiten erledigen soll. Durch den Besuch der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, hier, Frauenhoferstraße 12, der am 12. d. M. stattfand, fand eine Aussprache dahingehend statt, daß den Delegierten aufgegeben wurde, in den einzelnen Gewerkschaften für den gemeinsamen Besuch der Ausstellung zu agitieren.

Verband der Freireisenden Deutschlands, Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 30. Juli, abends 10 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Grand Hotel Alexanderplatz (blauer Saal).

### Briefkasten der Redaktion.

Bei jeder Anfrage ist eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahl beizulegen. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

M. W. Die Bücher müssen Sie herausgeben oder unfrankiert aufgeben. Auf Schadenersatz können Sie klagen. — A. 100. 1. Ja.

Zustimmung der Mutter ist erforderlich 2. Rein. — Witwid 12. Abschrift des Testaments können Sie beim Amtsgericht beantragen. Ob ein Testament gültig und inwieweit es anfechtbar ist, läßt sich ohne Einsicht in dasselbe nicht sagen. — Richter Galbe. Kugergewöhnliche Wahlen zum Erlaß innerhalb der Wahlperiode ausgeschiedener Gemeindevorstände einer Landgemeinde müssen nur angeordnet werden, wenn die Gemeindeverwaltung oder der Gemeindevorsteher es für erforderlich erachtet oder wenn der Kreisaußschuß es beschließt. Die Ersatzwahl selbst erfolgt nicht durch die Gemeindeverwaltung, sondern in derselben Weise wie jede Wahl. — C. R. 1. Der Antrag um Aufnahme in den preussischen Staatsverband ist in Berlin an das Polizeipräsidium zu richten. 2. Rein. — S. R. Ja. — G. V. Ja. — W. G. 1. Da Sie über 2000 M. Gehalt hatten, waren Sie als Vermittler nicht inmalversicherungs-pflichtig. 2. In einem Vertrag können Sie an die Bezugsvorgänger richten. Ihr weiteres Verlangen ist ungeklärt. — T. J. 100. Eine Klage können Sie anstellen. Sie hätten aber (durch Sachverständige, Schriftvergleichung usw.) den schwierigen und kostspieligen Beweis zu führen, daß das Geschiedel vom Angeklagten herrührt. Im Fall des Unterliegens hätten Sie sämtliche Kosten zu zahlen. Zu raten ist zur Klage nicht. — S. G. 93. 1. Ja, falls nicht die Auszahlung an Sie mit der Gesellschaft vereinbart wird. 2. Ja. — G. W. Der Stadtschreiber hat Recht. Wie wir wiederholt ausführlich dargelegt haben, müssen nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts die Bedingungen für das Wahlrecht zur Zeit der Auslegung der Listen (15. bis 30. Juli) vorgelegen haben. — S. G. Selbstverständlich. — Montensell 115. Um die Sie interessierenden Fragen sich klar zu stellen, ist eine Klarstellung des Begriffs Verwandtschaft und Schwägerchaft erforderlich. Verwandtschaft nennt das Gesetz den Kreis derjenigen Personen, die durch eine durch Abstammung vermittelte Gemeinschaft des Blutes miteinander verbunden sind. In gerader Linie verwandt nennt das Gesetz Personen, deren eine von der andern abstammt (also Kinder, Enkel, Eltern). Personen, die nicht in gerader Linie verwandt sind, aber von denselben dritten Personen abstammen, sind in der Seitenlinie verwandt, also Geschwister, Onkel, Nichten usw. Der Grad der Verwandtschaft bestimmt sich nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten. Nichten sind Schwägerin im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt. Verheiratet nennt das Gesetz die Verwandten eines Ehegatten mit dem andern Ehegatten. Der Mann einer Schwester ist also verwandt mit der Schwester seiner Frau. Die Linie und der Grad der Schwägerchaft bestimmen sich nach der Linie und dem Grade der sie vermittelnden Verwandtschaft. Also ist der Schwager mit seiner Schwägerin im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt. Die Verwandten des Mannes sind mit den Verwandten der Frau — entgegen dem Sprachgebrauch — weder verwandt noch verwandtschaftlich. Nichten sind zwei Ehemänner, die Schwestern heiraten, Schwäger der Schwester ihrer Frau, aber untereinander weder verwandt noch verwandt, der Sprachgebrauch bezeichnet sie trotzdem als Schwäger. Nichten aus diesen Ehen sind Nichten der Schwestern (d. h. im dritten Grade verwandt), also auch im dritten Grade verwandt mit dem Mann ihrer Tante, den der Sprachgebrauch kurzweg als Onkel des Neffen

seiner Frau anspricht. Untereinander sind sie im dritten Grade verwandt, denn sie stammen von derselben dritten Person (ihren Großeltern) ab. Sie bezeichnen sich als Cousins oder Cousins. — Zona 100. Die Berufsgenossenschaft kann an Stelle der ärztlichen Behandlung und sonstigen Verpflichtungen dem Verletzten freie Kur und Verpflegung in einer Heilanstalt gewähren und zwar für Verletzte, welche verheiratet sind oder eine eigene Haushaltung haben oder Mitglieder der Familie nur dann ohne deren Zustimmung, wenn die Art der Verletzung Anforderungen an die Behandlung oder die Verpflegung stellt, denen in der Familie nicht genügt werden kann oder wenn der für den Aufenthaltsort des Verletzten amtl. bestellte Arzt bezweigt, daß Zustand oder Verhalten des Verletzten eine sorgfältige Beobachtung erfordert. Ordnet die Berufsgenossenschaft an, der Verletzte müsse sich in ein Krankenhaus aufnehmen lassen, so muß diese Anordnung in einem berufsgenossenschaftlichen Bescheid unter Hinweis auf die Folgen geschehen, welche das abweichende Verhalten nach sich ziehen kann. Derselben Nachteile (Verlust des Anspruchs für die betreffende Zeit) hat ein unbegründetes, vorzeitiges Verlassen der Heilanstalt. Ihre Anfrage läßt nicht erkennen, ob die angeführten Voraussetzungen zutreffen. Verlangen Sie Entlassung und legen Sie eventuell Berufung ein. Wegen des Vorenthaltes der Zeitung legen Sie beim Reichs-Versicherungsamte Beschwerde ein.

### Briefkasten der Expedition.

C. W. Wenn die Sperre bei C. aufgehoben ist, erfahren Sie auf dem Bureau des Holzarbeiter-Verbandes, Gewerkschaftshaus. Ein Infanzel betreffend die Sperre bei C. ist im Februar im „Vorwärts“ nicht erschienen.

Rehl (Baden). Sie müssen sich Ihre Zeitung vom dem Postamt Ihres bisherigen Wohnorts nach dem neuen überweisen lassen. Die Ueberweisungsgebühr beträgt 50 Pf.

### Witterungsübersicht vom 28. Juli 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Swinemünde	761	SW	2	19	Haparanda	764	ND	2	13
Hamburg	758	SW	3	16	Petersburg	763	SW	1	15
Berlin	761	SW	3	17	Cordoba	759	W	2	14
Frankfurt a. M.	759	SW	4	16	Aberdeen	760	SW	3	15
München	764	SW	3	16	Paris	760	SW	3	15
Wien	763	SW	1	18					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 29. Juli 1903. Ein wenig kühler, veränderlich, vielfach wolfig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Mittwoch, den 29. Juli.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Operntheater.** Orpheus in der Unterwelt.  
**Westen.** Al-Heidelberg.  
Anfang 8 Uhr:  
**Berliner.** Der Postillon von Constance.  
**Thalia.** Das Alter.  
**Belle-Alliance.** Bayerwald-Theater: Bruder Martin.  
**Carl Weich.** Das Geheimnis des roten Hauses.  
**Apollo.** Die Diebstahls. Spezialitäten.  
**Metropol.** Neuestes! Allerneuestes! Reichshallen. Gastspiel von Winter-Tymian.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstrasse 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.  
**Invalidenstrasse 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.  
Lezte Woche:  
Abends 8 Uhr:  
**Das Geheimnis des roten Hauses.**  
Morgen: Derselbe Vorstellung.  
Sonntags zum erstenmal: **Der Schritt einer Frau.**  
Im Garten: Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 5 Uhr.

## Belle-Alliance-Theater.

Bayerwald-Theater.  
**Bruder Martin.**  
Im Garten:  
Spezialitäten - Vorstellung, Konzert.  
Entree 50 Pf.

## Apollo-Theater.

Täglich: **Die Liebes-Insel**  
mit dem sensationellen Post-Ballett.  
George Oranis Burleske-Pantomime.  
Yvette. — Messiers Kosmograph:  
Neue Bilder-Serie.  
**Debut „Merian“**  
am 1. August.

## Fröhels Allerlei-Theater

früher Puhlmann.  
Schönhauser Allee 148.  
Inhaber: Wilhelm Fröbel.  
Heute sowie täglich:  
Nur noch wenige Tage:  
**Juli-Spielplan.**  
Dugo Schulz x Fredoff  
Rosée. x Vocardi-Truppe.  
The Firmo. x Startings.  
Häbele-Truppe.  
Um 8 Uhr:  
Ehrwürdiger Beifall über das bis jetzt unerreichte Gelingen-Vollständigt  
**Licht und Schatten**  
mit Arthur Müller vom Thalia-Theater als Gast.  
Im Saale: **Grosser Ball.**  
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf.  
Am 1. August: Arthur Müller-Benefiz.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**

## Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.  
**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
Die  
**zusammengewachsenen Schwestern**  
zwanzig Jahre alt, spielen Geige!

## Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**Die Tritonen.**  
Tanz- und Schwimmkünstler, 5 Minuten unter Wasser.  
**Lina Goltz.** Vortragskünstlerin.  
Kinematograph: Das Gordon-Benett Automobil-Rennen.  
Ganz Berlin zerbricht sich schon den sechsten Monat den Kopf über **AGA!**  
14 erstklassige Nummern.

## Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!  
Zum 199. Male:  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —

## W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
8 1/2 Uhr:  
**Er muss aufs Land.**  
Vorher:  
**Der Hofgänger.**  
Anfang 6 Uhr.  
Kaffeehäuser von 3 Uhr ab.  
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

## Diez' Specialitäten-Theater

Landsberger Allee 70-77 (Ringbahn-Station).  
**Ob schön! Ob Regen!**  
Täglich das unerreichte Riesen-Juli-Programm!  
Gontarro Kikutta. Amanda Harold. Hedwig Mora. Die vier Vögel.  
The Byrons. Elsa & Paul Jeschock.  
Dukas Bioskop usw.  
Sonntag, Sonntag, Montag, Tanz.  
Anf. Bochert. 5 Uhr, Sonntag. 4 Uhr.

## ODOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Doppel-Konzert.**  
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.  
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

## Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
**Verbotene Wege.**  
Vollständig mit Gefang in 2 Akten von Hans Müller.  
The three Amaranths. Urcob. Länger. Karl Groth. Grotteskometer. Rivas und Diras. Antipodenakt auf lebendem Biedestal.  
Richard Wagner, Konzertsänger. Mary Ellys, moderne Throlenne. Gavour mit seinen dreifürstlichen Kunden. Otto Waldemar, moderner Bildhauer. Ada Rivas mit ihrem Wunderglobeus. Mary Förster, Solodängerin. Ballett-Gesellschaft „Saltarello“.

## Sanssouci.

Täglich im Garten:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
Anfang: Sonntags Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr. Wochentags: Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr. Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Soiree: **Tanz.**

## Reichshallen

Heute: Drittes Gastspiel des berühmten Winter-Tymian mit seiner Gesellschaft.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags, 1. August: Wiederbeginn der Soireen der Stettiner Sänger.

## Schweizer-Garten

am Königsberg, am Friedrichshain.  
Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung.**  
**Ball** und Volksbelustigungen.  
Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nur erstklassige Künstler.  
Neue Attraktionen.  
Abends 10 Uhr: **Die Amazonengarde.**  
Ausstattungsstücke m. Ges. in 2 Bildern.

## Königstadt-Kasino.

Solzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Tägl. Im herrl. Garten: Tägl. **Grossart. Programm.**  
Elly Deliasey, Eugen Milardo, Bonnet-Trio, Miss Bolla Field, Dettmar u. Margarit, Rud. Schaupt.  
Mittwoch, Sonntags, Sonntag: **Tanz.**  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

# Achtung! Bauarbeiter

Berlins und Umgegend.  
Seit Montag, den 27. Juli, stehen die Hilfsarbeiter der Firma A. Lugino & Co. im Streit, um den überhand nehmenden Umständen bei dieser Firma endlich Einhalt zu gebieten. Die Streitenden, welche bisher einen Stundenlohn von 60 Pf. erhielten, verlangen jetzt einen solchen von 60 Pf. Jeder, der die Beschäftigung dieser Leute kennt, wird dieses nur anerkennen. Dazu kommt, daß dieselben vollständig der Willkür der von ihnen bedienten Maurer preisgegeben waren. Letztere arbeiten vorwiegend im Accord und wird dadurch die Arbeitskraft dieser Leute nicht gesprochen werden kann, jeder arbeitete nur, um den an ihn gestellten Anforderungen gerecht zu werden zu können.

Die Leitung der Organisation hat alles gethan, um die bestehende Differenz in Güte beizulegen, aber die Firma Lugino wehrt sich bisher ablehnend den Forderungen ihrer Arbeiter gegenüber. Da selbst die Maurer sich nicht scheuen, Arbeitswillige anzuwerben, so richten wir an die organisierten Bauarbeiter Berlins und Umgegend die Aufforderung, uns in diesem Kampfe zu unterstützen. Reiner darf bis zur endgültigen Beilegung des Streiks bei der Firma Lugino in Arbeit treten, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.  
Noch die Solidarität der Bauarbeiter!  
Die Verbandsleitung. J. A.: Karl Heidemann.

## Neue Welt

Hasenheide 108/114. Arnold Scholz.  
Mittwoch, den 29. Juli:  
**Gr. Erntefest**  
verbunden m. Bonbonfragen, Fackelpolonois und Gratis-Verlosung.  
Hauptgewinn für Knaben:  
**Eine silberne Remonteur-Uhr.**  
Hauptgewinn für Mädchen:  
**Eine goldene Damen-Uhr.**  
**Specialitäten-Vorstellung.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.  
Kaffeehäuser. Drei Kogolbahnen.  
Sonnhütte. Alpen-Rutschbahn.  
Morgen Donnerstag: **Militär-Doppel-Konzert.** [21882]  
Freitag, den 31. Juli:  
**II. grosses Massen-Konzert.**

## Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**

## Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Hilbitz.  
Täglich: 17182\*  
**Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Güte-Tag.  
Die Kaffeehäuser ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochselegante Regeldamen, Wärfelbuden, Ronbitorrel, Blumenstand etc.  
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

## Schloss Weissensee.

„Zum Sternecker“, Inhaber: O. Koch.  
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**  
Riefenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: Grosser BALL. Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:  
**Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.**  
Jeden Donnerstag: Grosses Monstre-Ellis-Fourwerk u. Doppelkonzert.  
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**  
Kaffeehäuser. — Volksbelustigungen aller Art.

# Restaurant und Café „BELLEVUE“

Inh. F. Walterstein & Sohn, Rummelsburg am See!  
empfiehlt sein ca. 5000 Personen fassendes Etablissement zur Abhaltung von Festlichkeiten. Auch an einigen Sonntagen und Sonntagen. Täglich großes Freilongier. Sonntags große Specialitäten-Vorstellung. Vereinszimmer, 2 Regeldamen, 30 Ruderboote unter coulant. Bedingungen. [21882\*]

## Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag:  
**Konzert**  
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

## Prater-Theater

Rastanien-Allee 7-9.  
Direktion: M. Kalbo.  
Täglich: **Johanniszauber.**  
Operetten-Büchse in 4 Bildern von B. Geride.

## Konzert und Ball.

U. a.: Georgette Langós, Excetric-Chanjonnette, Reslops, tom. Jongleur. Neu! **The Berlings.** Neu! die singende Luftsee.  
Schroder u. Donner ??? Affenstreich, große Fantomnie der Gelin-Truppe. Anfang 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

## Hanns Volksgarten am See, Rummelsburg, Hauptstr. 14

(altes Gefängnis). 19822\*  
Schönster Familien-Küchenball, Konzert und viele Volksbelustigungen.  
Kaffeehäuser. Beihölzer 20, Seidel 10 Pf.

## Als Verlobte zeigen sich an: Hermine Granzow Friedrich Rokitte

Von der Reise zurück 13/6  
**Dr. Wallbach**  
SO., Muskauer-Strasse 16.

## Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstrasse 69.

## Für Radfahrer!

Radfahrerpläne von Berlin mit Angabe der Art des Strassenpflasters, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. . . 50 Pf.  
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Potsdamthal bis Jüterbog, von Genthin bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 M.  
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Beschaffenheit der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meere, Steigungen etc., kleinem Maßstab, aufgezogen, in Karton, jede Section 1,50 M.

## Dr. Schönemann

Spezialarzt für Gwitt, Garm. und Frauenheilkunde, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11.

## Sofastoffe

1711L\*  
Resonanzwahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste Moquette, Wäsch, Reste Satteltaschen.  
Muster bei näherer Angabe franco.  
**Emil Lefèvre, Berlin, 158.**

## Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer Uk-Trio. Skalensortir. I.

## Herren-Moden

elegante Ausführung geringe Teilzahlung  
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47  
direkt am Alexanderplatz.

